©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS WENGER

DER LANGE WEG ZUR STABILITÄT

Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa

In einer Zeit, in der Europa vor der Herausforderung steht, ein tragfähiges Sicherheitssystem für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges aufzubauen, drängt sich die Frage auf, wie sich die europäische Sicherheitsordnung der Nachkriegszeit herausbildete, die Europa eine lange Epoche des Friedens brachte. Während die Jahre zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Koreakrieg im Zeichen einer zunehmenden Verhärtung zwischen Ost und West standen, konnte der Blockbildungsprozeß in Europa mit der Einbindung der wiederbewaffneten Bundesrepublik Deutschland in die NATO einerseits und der Integration der DDR in den Warschauer Pakt andererseits Mitte der fünfziger Jahre als abgeschlossen betrachtet werden. Gleichwohl hatte das europäische Sicherheitssystem noch nicht zu einer grundsätzlichen Stabilität gefunden, denn die Frage der Blockgrenzen und damit verbunden die deutsche Frage gaben kontinuierlich Anlaß zu Spannungen zwischen wie auch innerhalb der Blöcke. Stabilität in Europa stellte sich erst in den frühen sechziger Jahren im Zuge der amerikanisch-sowjetischen Annäherung in den zwei zentralen Fragen der europäischen Sicherheitsdebatte – der deutschen und der nuklearen Frage – ein. Fortan konzentrierten sich die diplomatischen Bemühungen der beiden Supermächte und ihrer europäischen Blockpartner auf die Kodifizierung des Status quo.

Meist wird die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems im Zuge der Berlinkrise in den Jahren 1958–1962 den disziplinierenden Auswirkungen des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens zugeschrieben. Die USA verloren gegen Ende der fünfziger Jahre ihre Unverwundbarkeit. Der Start des sowjetischen Satelliten „Sputnik" im Oktober 1957 signalisierte, daß die Sowjetunion den Übertritt vom Bomber- ins Raketenzeitalter noch vor den USA vollzogen hatte. Mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückte Interkontinentalraketen der Sowjetunion bedrohten die amerikanische Sicherheit fortan direkt und mit stark reduzierter Vorwarnzeit. In der daraus resultierenden Situation der wechselseitigen Verwundbarkeit lag es im vitalen nationalen Interesse sowohl der USA als auch der Sowjetunion, einer nuklearen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Dies zwang die beiden Supermächte, auf eine Politik der Entspannung und Rüstungskontrolle einzuschwenken. Mit Blick

VfZ 46 (1998)
© Oldenbourg 1998

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Europa wiederum setzte dies voraus, daß beide Seiten den territorialen Status quo akzeptierten[1].

Diese Erklärung der Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung Anfang der sechziger Jahre greift jedoch zu kurz. Zum einen überschätzt sie die stabilisierende Wirkung von Nuklearwaffen in einer Zeit, in der sich ein strategisches Gleichgewicht erst allmählich herauszubilden begann. Der nukleare Faktor war – wie gezeigt wird – vielmehr mitverantwortlich für den Ausbruch der beiden gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges, der Berlinkrise (1958–1962) und der Kubakrise (1962). Zum anderen wird dabei übersehen, daß die neu erlangte Stabilität in Europa auf mehr als der nuklearen Pattsituation zwischen zwei antagonistischen Machtblöcken beruhte. Die bipolare Struktur des Kalten Krieges verdeckt den Blick auf die Tatsache, daß die amerikanischen Sicherheitsinteressen in Europa nicht vollständig im Widerspruch zu den sowjetischen standen.

Erst die Herausbildung einer amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in der deutschen und in der nuklearen Frage führte zu einer Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung. Hinzuzufügen, daß sich die Annäherung der beiden Supermächte in diesen beiden zentralen Problemkomplexen des Kalten Krieges in Europa erst unter dem Eindruck einer für beide Seiten existentiellen Bedrohung durch einen Nuklearkrieg entwickelte, schmälert die Bedeutung des Verständigungsprozesses zwischen Kennedy und Chruschtschow nicht. Die Entwicklung hin zur wechselseitigen Verwundbarkeit schuf günstige Rahmenbedingungen für eine Entspannung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, da beide Seiten an Kooperation in dem Maße interessiert sein mußten, wie sie selbst Opfer nuklearer Angriffe werden konnten. Die Angleichung der strategischen Potentiale verhalf der Erkenntnis zum Durchbruch, daß die amerikanischen und sowjetischen Sicherheitsinteressen mit Blick auf Europa in grundlegenden Fragen übereinstimmten.

1. Die Kernelemente der amerikanisch-sowjetischen Annäherung

Ende der fünfziger Jahre drehte sich die europäische Sicherheitsdebatte um zwei umstrittene Punkte: die deutsche und die nukleare Frage. Die beiden Problemkomplexe waren so eng miteinander verwoben, daß sie nur unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Beeinflussung verstanden werden können. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Spaltung Europas war umstritten, in welcher politischen und territorialen Form sich Deutschland in die Sicherheitsstruktur Europas eingliedern sollte. Hielt der Westen den Anspruch auf Wiedervereinigung aufrecht, pochte der Osten auf die Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR und die Anerkennung der deutschen Ostgrenze. Die politischen Zielsetzungen von Ost und

[1] Als Beispiel für eine solche Argumentationsweise siehe Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1987, S. 13–17.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

West waren damit ohne grundlegende Veränderungen nicht in Übereinstimmung zu bringen. Für den Westen stellte sich zusätzlich die Frage, wie Westeuropa in Anbetracht der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes verteidigt werden sollte. Diese Aufgabe war in den frühen fünfziger Jahren zunehmend durch die Abschreckungswirkung des amerikanischen Nuklearpotentials abgedeckt worden. Am Ende der Dekade hingegen verlor die Nukleargarantie der USA für Westeuropa aufgrund der wachsenden Verwundbarkeit Amerikas zunehmend an Glaubwürdigkeit.

Bei Amtsantritt Kennedys im Januar 1961 drängten die grundlegenden Probleme des Kalten Krieges, wie sie im Geflecht der Wechselwirkungen der deutschen und der nuklearen Frage zum Ausdruck kamen, nach einer Lösung. Konnten die USA weiterhin eine glaubwürdige Sicherheitsgarantie für Europa bieten? Oder mußte Europa in Zukunft den Frieden auf dem alten Kontinent aus eigener Kraft sichern? Und schließlich: Welches war in den jeweiligen Konzepten die Rolle Deutschlands im Hinblick auf die Frage der nuklearen Mitsprache bzw. Teilhabe?

Bis 1963 – so die zentrale These dieses Artikels – erreichten Kennedy und Chruschtschow eine informelle Übereinstimmung in all diesen Fragen. Die Kernelemente dieser Übereinkunft bestanden darin, daß die sowjetische Führung den territorialen Status quo in Zentraleuropa akzeptierte und auf erneuten Druck in Berlin verzichtete. Die Sowjetunion sah damit davon ab, die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien weiter in Frage zu stellen und auf den Zerfall der NATO hinzuwirken. Im Gegenzug signalisierte Kennedy, daß ein nukleares Deutschland nicht im amerikanischen Interesse lag und Washington auch im Rahmen einer multilateralen Streitkraft nicht gewillt war, die Kontrolle über die amerikanischen Nuklearwaffen aus den Händen zu geben. Dies wiederum machte es nötig, daß die USA weiterhin für die westdeutsche Sicherheit garantierten und sich verpflichteten, langfristig Truppen in Europa zu stationieren.

Die Annäherung der sowjetischen und amerikanischen Positionen führte zur Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo. Die Berliner Mauer zementierte symbolträchtig die beiderseitige Anerkennung eines geteilten Deutschland und eines geteilten Berlin. Der Abschluß des *Limited Test Ban Treaty* (LTBT) im Sommer 1963 signalisierte weiter den Willen der beiden Supermächte, bei der Eindämmung der nuklearen Proliferation zusammenzuarbeiten.

Im folgenden wird die Herausbildung der amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in der Frage der europäischen Sicherheit in ihren wichtigsten Schritten nachgezeichnet. Die Annäherung von Kennedy und Chruschtschow entwickelte sich vor dem Hintergrund der Berlinkrise, die wiederum die Gefahr einer Eskalation zum Nuklearkrieg beinhaltete[2].

[2] Wichtige Vorarbeiten für diesen Aufsatz wurden während der Niederschrift eines Buchs zur Nuklearpolitik Eisenhowers und Kennedys geleistet. Vgl. Andreas Wenger, Living with Peril: Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons, Lanham 1997. Für kritische Anmerkungen und die sorg-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Chruschtschow, die Nuklearisierung der Bundeswehr und die Berlinkrise 1958

Ende 1958 mündeten die anhaltenden Spannungen um Berlin in eine akute Krise[3]. Seitdem die Westmächte West-Berlin 1948/49 über ein Jahr lang aus der Luft versorgt hatten, war es in Europa zu keiner direkten Konfrontation zwischen Ost und West mehr gekommen. Dies änderte sich, als Chruschtschow am 27. November 1958 ankündigte, die Sowjetunion wünsche einen Friedensvertrag zwischen den Alliierten des Zweiten Weltkrieges und Deutschland, der auch den Status von Berlin neu definiere. Stimme der Westen diesem Vertrag nicht binnen sechs Monaten zu, so drohte Chruschtschow, werde die Sowjetunion einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Mit dieser bilateralen Übereinkunft würden die Souveränitätsrechte über den Zugang zu West-Berlin an die DDR übergehen[4]. Die Drohung war klar: Der Westen hatte sich darauf vorzubereiten, daß die Sowjetunion die Kontrolle über den Zugang zu West-Berlin an die DDR übergeben würde. Dies sollte den Westen zwingen, sich mit einem Staat auseinanderzusetzen, den er nicht anerkannte.

Wieso brach Chruschtschow im November 1958 die Berlinkrise vom Zaun? Über diese Frage wurden eine ganze Reihe von Mutmaßungen angestellt, wie etwa, daß der Parteichef vor dem Hintergrund sowjetischer Erfolge in der Raketentechnologie („Sputnik" 1957) die amerikanischen Sicherheitsgarantien für Europa und insbesondere für West-Berlin auf die Probe stellen wollte. Die Sowjetunion versuchte offensichtlich, die Einheit der NATO aufzuweichen. Weiter wurde angeführt, daß der sowjetische Machthaber mit seinem Ultimatum der Führung der DDR den Rücken stärken wolle und bemüht war, seine chinesischen Kritiker in die Schranken zu weisen[5].

All diese Gründe können jedoch nicht befriedigend erklären, wieso die Sowjets bereit waren, einen Konflikt im Herzen Europas anzuheizen, bei dem das Risiko gewaltiger atomarer Zerstörungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs außeror-

---

fältige Durchsicht des Artikels danke ich Marc Trachtenberg, Kurt R. Spillmann, Thomas Bernauer, Mauro Mantovani, Christoph Breitenmoser und Christoph Münger.

[3] Zum Verständnis amerikanischer Politik während der Berlinkrise vgl. William Burr, U.S. Policy and the Berlin Crisis: An Overview, in: The Berlin Crisis, 1958–1962: Guide and Index, hrsg. v. Thomas S. Blanton/Malcolm Byrne/Margarita S. Studemeister/Lisa Thompson, Bd. 1, Alexandria 1991, S. 31–47; McGeorge Bundy, Danger and Survival: Choices About the Bomb in the First Fifty Years, New York 1988, S. 358–390. Für einschlägige ältere Werke vgl. Jack Schick, The Berlin Crisis, 1958–1962, Philadelphia 1971; Robert M. Slusser, The Berlin Crisis of 1961: Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June–November 1961, Baltimore 1973.

[4] Note From the Soviet Foreign Ministry to the American Ambassador at Moscow, Regarding Berlin, November 27, 1958, zitiert in: United States Senate, Committee on Foreign Relations, Documents on Germany 1944–1961 (künftig: US-Senate, DG), Washington, 1961, S. 348–363; Address by Premier Khrushchev at a Soviet-Polish Meeting, „On Germany and Berlin," November 10, 1958, in: Ebenda, S. 339–343.

[5] Für eine gute Analyse der sowjetischen Motive vgl. Hannes Adomeit, Soviet Risk-Taking and Crisis Behavior: A Theoretical an Empirical Analysis, in: Adelphi Papers 101, London 1973.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dentlich hoch war. Der amerikanische Historiker Marc Trachtenberg ist dieser Frage erneut nachgegangen und hat gezeigt, daß Chruschtschows Motive in erster Linie im Lichte der transatlantischen Debatte über die nukleare Mitsprache bzw. Teilhabe der Europäer am amerikanischen Nuklearpotential beurteilt werden müssen. Die Berlinkrise ist damit nicht so sehr das Resultat der sowjetischen Absicht, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, sondern sie muß vielmehr im Kontext sowjetischer Ängste vor einer nuklearen Bundesrepublik gesehen werden[6]. Der Zusammenhang zwischen den wachsenden Spannungen in Berlin und der zunehmenden Nuklearisierung Europas (und insbesondere der Bundeswehr) wird durch neu zugängliches sowjetisches und ostdeutsches Quellenmaterial bestätigt[7].

Chruschtschows Drohung mit einem separaten Friedensvertrag fiel zeitlich exakt mit dem Beginn der Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen zusammen. Im März 1958 hatte der Deutsche Bundestag nach aufsehenerregenden Debatten einen diesbezüglichen Grundsatzbeschluß gefällt[8]. Noch vor Ende des Jahres befanden sich deutsche Flugzeuge im Training für allfällige Nuklearwaffeneinsätze. Gleichzeitig wurde der Bau von Waffendepots für atomare Gefechtsköpfe aufgenommen[9]. Obwohl die Kontrolle über diese Gefechtsköpfe de jure in amerikanischen Händen verblieb, kam die Bundesrepublik am Ende der fünfziger Jahre einer *faktischen* Kontrolle sehr nahe. Dies stellten auch Mitglieder des amerikanischen Kongresses fest. Bei ihrem Besuch in Europa fanden sie Flugzeuge mit deutschen Piloten und einsatzbereiten Nuklearwaffen in Bereitschaft stehen. Die amerikanische „Kontrolle" beschränkte sich auf einen Offizier mit einer Pistole am Gürtel, der sich im Bereich des Flughafens aufhielt[10].

Die Bemühungen der Bundesrepublik um nukleare Teilhabe müssen vor dem Hintergrund der politischen und militärischen Entwicklung der NATO in den fünfziger Jahren beurteilt werden. Das nordatlantische Bündnis begann sich aufgrund finanzieller und strategischer Überlegungen vermehrt auf die amerikanischen Nuklearwaffen zu stützen, um die Sicherheit Westeuropas zu gewährleisten. In der ersten Hälfte der Dekade hatte die NATO dabei das Hauptgewicht auf die Abschreckungswirkung des *Strategic Air Command* (SAC) der USA gelegt. Ab Mitte der fünfziger Jahre ergänzte die NATO ihre militärischen Mittel zunehmend mit taktischen Nuklearwaffen, um die Unterlegenheit bei den in Europa stationierten Bodentruppen

[6] Vgl. Marc Trachtenberg, History and Strategy, Princeton 1991, S. 180–191.

[7] Vgl. Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, in: Cold War International History Project Working Paper No. 5, Washington 1993; Vladislav M. Zubok, Khrushchev and the Berlin Crisis, 1958–1962, in: Cold War International History Project Working Paper No. 6, Washington 1993.

[8] Vgl. Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache, S. 37.

[9] Vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 191.

[10] Die Eindrücke des Joint Committee on Atomic Energy sind wiedergegeben in: John D. Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision: New Dimensions of Political Analysis, Princeton 1974, S. 180.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wettzumachen[11]. Die zunehmende Abhängigkeit der westeuropäischen Sicherheit von Nuklearwaffen schmälerte die Bedeutung konventioneller Machtmittel. Dies stellte insbesondere den Wert des westdeutschen Wiederbewaffnungsprogramms in Frage, das sich auf konventionelle Waffen beschränkte. Aber nicht nur die USA, sondern auch die Sowjetunion vergrößerten im Laufe der fünfziger Jahre ihr Nuklearwaffenpotential schrittweise. Mit der forcierten Entwicklung von geeigneten Trägersystemen konnten die sowjetischen Nuklearwaffen zunehmend auch die USA direkt gefährden. In ihrer Kombination stellten diese zwei gegenläufigen Tendenzen die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien für Westeuropa im allgemeinen und für die Bundesrepublik im speziellen grundsätzlich in Frage.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen verfolgten die europäischen Mächte eine verstärkt national orientierte Politik. Wie unterschiedlich die USA und ihre europäischen Bündnispartner ihre langfristigen nationalen Interessen definierten, zeigte sich ein erstes Mal in aller Deutlichkeit während der Suezkrise von 1956. Ohne Rücksprache mit den USA entschlossen sich Großbritannien und Frankreich, an der Seite Israels militärisch gegen Ägypten vorzugehen. Da die Unterstützung durch den amerikanischen Bündnispartner fehlte und Washington massiven Druck auf London und Paris zur Aussetzung der Aktion ausübte, endete das Unternehmen in einem militärischen und politischen Debakel[12]. Beide Nationen intensivierten daraufhin ihre Bemühungen um eigene Nuklearwaffen. Während Großbritannien bereits 1952 einen ersten erfolgreichen Nukleartest durchgeführt hatte und 1957 die erste Wasserstoffbombe entwickelte, konnte Präsident de Gaulle 1960 den ersten französischen Testerfolg verkünden[13].

Nach dem erfolgreichen Start des sowjetischen Satelliten „Sputnik" (1957) intensivierte auch die deutsche Bundesregierung ihre politischen und diplomatischen Aktivitäten mit dem Ziel, direkteren Zugang zur Kontrolle über Nuklearwaffen zu erhalten. Bundeskanzler Konrad Adenauer war schon immer bemüht gewesen, die nukleare Option für sein Land offenzuhalten. Die Ernennung von Franz Josef Strauß zum Verteidigungsminister im Oktober 1956 (also noch vor „Sputnik") signalisierte schließlich eine klare Hinwendung der Bundesrepublik zu einer Verteidigungsstrategie, die auf Nuklearwaffen basierte[14].

---

[11] Die Entwicklung der Nato-Strategie in den fünfziger Jahren findet eine ausgezeichnete Darstellung in: Robert Allen Wampler, Ambiguous Legacy: The United States, Great Britain and the Foundations of NATO Strategy, 1948–1957, Ann Arbor/Mich. 1991.

[12] Die Auswirkungen der Suezkrise auf die transatlantischen Beziehungen sind nachzulesen in: William Roger Louis/Roger Owen (Hrsg.), Suez 1956: The Crisis and its Consequences, Oxford 1989; Sir Anthony Eden, Memoiren, 1945–1957, Zürich 1961, S. 475–656; Dwight D. Eisenhower, The White House Years: Waging Peace, 1956–1961, New York 1963, S. 20–57.

[13] Zur Entwicklung der britischen und französischen Nuklearpolitik vgl. Ian Clark, Nuclear Diplomacy and the Special Relationship: Britain's Deterrent and America 1957–1962, Oxford 1994; Wilfrid L. Kohl, French Nuclear Diplomacy, Princeton 1971.

[14] Zur Nuklearpolitik der BRD und zu den Absichten Adenauers vgl. Catherine McArdle Kelleher, Germany and the Politics of Nuclear Weapons, New York 1975; Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, VfZ 37 (1989), S. 567–593, hier S. 577.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Regierung Eisenhower reagierte auf die zunehmenden Spannungen innerhalb der NATO, indem sie den Europäern die Hand zur Mitsprache bzw. Teilhabe am amerikanischen Abschreckungspotential bot. Die USA beschleunigten die umfassende Stationierung von taktischen Nuklearwaffen in Mitteleuropa, speziell in der Bundesrepublik, deren Kontrolle de jure aber in amerikanischen Händen verblieb. Nach „Sputnik" entwickelte sich die Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zum Dauerthema im Bündnis. Bis zum Ende der Amtszeit Eisenhowers resultierte daraus jedoch lediglich die Stationierung von landgestützten Mittelstreckenraketen vom Typ *Thor* und *Jupiter* – unter bilateralen Kontrollarrangements – in Großbritannien, Italien und der Türkei. Dagegen fand die Vision einer integrierten europäischen Nuklearstreitkraft mit dem Amtsantritt von de Gaulle im Juni 1958 ein abruptes Ende. Ebenso gelang es nicht, die Kontrollfrage für eine multilaterale NATO-Nuklearstreitkraft zu lösen – ein Vorschlag, der vom NATO-Oberkommandierenden Lauris Norstad vorangetrieben wurde[15].

Was als Rückversicherung für die Alliierten gedacht war, bedrohte aber gleichzeitig die Sowjetunion. Aus sowjetischer Perspektive schienen die Entwicklungen innerhalb der NATO darauf hinauszulaufen, daß die Bundesrepublik in naher Zukunft zum Nuklearstaat werden würde.

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, daß Chruschtschows Furcht vor einer nuklearen Bundeswehr nicht unbegründet war. Man kann einwenden, daß die Bundesrepublik aber weiterhin an den 1954 ausgesprochenen Verzicht auf die Produktion von Nuklearwaffen gebunden war und alle auf ihrem Boden stationierten Nuklearwaffen de jure unter amerikanischer Kontrolle verblieben. Letzteres schrieb die amerikanische Verfassung vor[16].

Wie muß die Tendenz in Richtung faktischer Teilhabe der Bundesrepublik am amerikanischen Nuklearpotential erklärt werden? Es handelte sich dabei weder um Schlamperei der amerikanischen Militärs noch um technische Mängel. Vielmehr hielt Eisenhower die Entwicklung der Bundesrepublik zur Nuklearmacht mittelfristig für unausweichlich. Natürlich hätte er eine integrierte europäische Nuklearstreitkraft – allenfalls unter einem europäischen NATO-Kommandanten – einer ganzen Reihe von nationalen Nuklearprogrammen vorgezogen[17]. Dies hätte allerdings vorausgesetzt, daß sich die Europäer auf eine politische Kontrolle in einem multilateralen System geeinigt hätten, wofür die Chancen Ende der fünfziger Jahre nicht gut waren. Der zentrale Grund für die „Aufgeschrecktheit" der Sowjetunion ist damit in der amerikanischen Verteidigungspolitik unter Eisenhower zu suchen.

Eisenhower betrachtete die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa als Starthilfe, bis Europa aus eigener Kraft ein militärisches Gegengewicht zur Sowjet-

[15] Die transatlantische Debatte zu den verschiedenen Vorschlägen nuklearer Teilhabe ist im Detail wiedergegeben in: Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision, S. 173–198.

[16] Dies geschah bereits 1946 im sogenannten McMahon Act; vgl. ebenda, S. 169f.

[17] Zur Haltung Eisenhowers in der Frage der nuklearen Teilhabe vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 185.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

union bilden konnte. Dies erklärt unter anderem auch, wieso Eisenhower den Prozeß der europäischen Einigung unterstützte. Erst wenn sich Europa als dritte Kraft etabliert haben werde, sagte Eisenhower einmal, sei es den USA vergönnt, „to sit back and relax somewhat"[18]. Im Nuklearzeitalter hieß dies konsequenterweise auch, eine europäische Nuklearstreitkraft zu bejahen. Dieser Schluß drängte sich für Eisenhower insbesondere deshalb auf, weil er der Ansicht war, daß ein Krieg in Europa ein nuklearer sein würde. Ausgehend von diesen strategischen Leitgedanken entwickelte Eisenhower eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber einem europäischen Nuklearpotential. Nur mit einer solchen Entwicklung ließ sich die langfristige personelle und finanzielle Belastung der USA auf ein tragbares Niveau senken. Nur so konnte eine zunehmende Militarisierung und Reglementierung der amerikanischen Gesellschaft umgangen werden. Und nur so würden die spezifisch amerikanischen Werte, Institutionen und der soziale Zusammenhalt der Nation erhalten bleiben[19]. Dies galt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, daß es für die USA aufgrund ihrer eigenen zunehmenden Verletzlichkeit immer schwieriger wurde, ihren Nuklearschirm auf Dritte auszudehnen.

Am Ende der Amtszeit Eisenhowers war die amerikanische Haltung hinsichtlich der Frage der nuklearen Teilhabe von einander widersprechenden Überlegungen geprägt. Dem politischen Ziel der Rückversicherung der europäischen Bündnispartner durch vermehrte Teilhabe am amerikanischen Nuklearpotential stand die militärstrategische Forderung nach einer zentralen Kontrolle über alle westlichen Nuklearstreitkräfte gegenüber. Auf der politischen Ebene ging es in erster Linie darum, den Drang nach nationalen Nuklearstreitkräften zu entschärfen. Auf der militärischen Ebene sprach allerdings vieles dagegen, daß die Kontrollfrage auf einer supranationalen Ebene jemals befriedigend gelöst werden könnte[20]. Gerade weil das amerikanische Außen- und das Verteidigungsministerium unterschiedliche Aspekte der Debatte betonten, kam der Haltung des Präsidenten besondere Bedeutung zu. Und Eisenhowers verteidigungspolitische Äußerungen legten den Schluß nahe, daß die bisherigen Entscheidungen, den Europäern größere nukleare Mitsprache einzuräumen, von weiteren gefolgt würden.

Ende der fünfziger Jahre war das europäische Sicherheitssystem noch nicht stabil. Einerseits erachtete Eisenhower die Entwicklung hin zu einer nuklearen Pattsituation als unumgänglich und sah voraus, daß eine Veränderung des strategischen Gleichgewichts eine Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen mit sich bringen wür-

[18] Zit. in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1955–1957, Bd. 19: Editorial Note, S. 150–153, hier S. 151. Zur Stellung Europas im sicherheitspolitischen Denken Eisenhowers vgl. Thomas U. Schöttli, USA und EVG. Truman, Eisenhower und die Europa-Armee, Bern 1994; Pascaline Winand, Eisenhower, Kennedy, and the United States of Europe, London 1993.

[19] Die Grundannahmen von Eisenhowers sicherheitspolitischem Denken werden überzeugend dargelegt in Richard H. Immerman, Confessions of an Eisenhower Revisionist: An Agonizing Reappraisal, in: Diplomatic History 14 (1990), S. 319–342.

[20] Das Dilemma zwischen militärischen und politischen Zielsetzungen wird betont von Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision, S. 188; Trachtenberg, History and Strategy, S. 188.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

de. Andererseits fand sich der amerikanische Präsident aufgrund der politischen Notwendigkeit zur Rückversicherung der europäischen Bündnispartner zu einer Politik getrieben, die erstens nach überlegenen Nuklearstreitkräften strebte – und damit den Rüstungswettlauf weiter beschleunigte – und zweitens den Weg zu nationalen, auch westdeutschen, Nuklearstreitkräften offenhielt. Dies wiederum bestätigte den sowjetischen Staats- und Parteichef in seinen schlimmsten Befürchtungen zu einem Zeitpunkt, an dem er angesichts der neuen nuklearen Stärke der Sowjetunion mehr Rücksicht des Westens auf sowjetische Sicherheitsinteressen erwartet hatte. War der nukleare Faktor damit wesentlich mitverantwortlich für den Ausbruch der Berlinkrise, sollte er – wie zu zeigen sein wird – auch bei der Verhinderung einer militärischen Lösung eine entscheidende Rolle spielen.

3. Die Reaktion der USA: Wahrnehmungswandel

Wie reagierten die USA auf den sowjetischen Druck in Berlin? Wurde die sowjetische Drohung mit einem separaten Friedensvertrag in Washington als Ausdruck echter Besorgnis bezüglich der territorialen und nuklearen Stellung der beiden Deutschland im europäischen Sicherheitssystem gewertet?

Eisenhower – und zu Beginn seiner Amtszeit auch Kennedy – nahmen sowjetische Klagen über den deutschen Militarismus und die Gefahr einer nuklearen Bundeswehr nicht als Symptome echter sowjetischer Sicherheitsinteressen wahr. Aus amerikanischer Perspektive handelte es sich bei Chruschtschows Äußerungen um Propaganda, die auf die Destabilisierung der NATO zielte. Es sei ja zu erwarten gewesen, so wurde in Washington argumentiert, daß die Sowjetunion im Zeichen ihrer neuen nuklearen Stärke die westliche Einheit auf die Probe stellen würde. Und welcher geographische Punkt würde sich dafür besser eignen als West-Berlin, das der Westen mit konventionellen Mitteln allein nicht verteidigen könne?

Von solchen Überlegungen ausgehend, gaben sich Eisenhower und Außenminister Dulles wiederholt fest überzeugt, daß es sich bei den sowjetischen Drohungen letzten Endes um einen Bluff handelte. Die wichtigsten außenpolitischen Verantwortungsträger hielten es für äußerst unwahrscheinlich, daß Chruschtschow eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa riskieren wollte. Würde der Westen daher angesichts der sowjetischen Drohungen nicht wanken, sei zu erwarten, daß die Sowjets über kurz oder lang einlenkten. Weiter war Eisenhower der Meinung, daß die Drohung mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag zur Abschreckung sowjetischer Übergriffe ausreichen würde. Umfassende militärische Vorkehrungen erachtete er als unnötige Maßnahme, die zudem längerfristig zu einer gefährlichen Akkumulation der Kosten führen würde[21].

[21] In seinen öffentlichen Auftritten hielt Eisenhower am Prinzip der massiven Vergeltung fest, um die Abschreckungswirkung seiner Aussagen zu maximieren. Auf der Ebene des contingency planning hingegen befürwortete er eine ganze Reihe diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Eska-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

An diesem Punkt setzte der Wahrnehmungswandel der Administration Kennedy ein. Der neue Präsident brachte eine Gruppe von Personen nach Washington, die mit seiner Kritik an Eisenhowers Verteidigungspolitik übereinstimmten. Ehemalige Angehörige der Administration Truman wie Dean Acheson und Paul H. Nitze, Strategieexperten wie Henry Rowen, William Kaufmann, Alain Enthoven und Henry Kissinger sowie militärische Kritiker der Strategie der massiven Vergeltung wie General Maxwell D. Taylor stimmten mit Kennedys Forderung überein, Amerika brauche größere und flexiblere militärische Machtmittel. Nach Ansicht von Eisenhowers Kritikern war die Drohung mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag angesichts der wachsenden Verwundbarkeit der eigenen Gesellschaft nicht mehr glaubwürdig. Im Gegenteil, sie lade zur begrenzten Erprobung des amerikanischen Handlungswillens ein, wie dies etwa in Berlin 1958/59 geschehen sei[22].

Neben der Ablehnung der Strategie der massiven Vergeltung brachte der Amtsantritt Kennedys auch bezüglich der amerikanischen Haltung zur nuklearen Proliferation einen fundamentalen Wandel mit sich. Der neue Präsident machte die Nichtweitergabe und zentrale Kontrolle über alle amerikanischen Nuklearwaffen zu einem tragenden Element seiner Verteidigungspolitik[23]. Kennedys Haltung in der Frage der nuklearen Teilhabe unterschied sich damit grundsätzlich von Eisenhowers Politik, die auf eine faktische Beteiligung der Europäer am amerikanischen Nuklearpotential hinausgelaufen war. Sichtbarer Ausdruck dieser veränderten politischen Zielsetzung war die Installierung von sogenannten *Permissive Action Links* (PALs), elektromagnetischen Sicherungen, bei allen in Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen der USA bis Mitte 1962[24].

Wie wirkte sich der unter dem neuen Präsidenten vollzogene Wandel in der amerikanischen Verteidigungspolitik auf die Art und Weise aus, wie dem sowjetischen Druck in Berlin begegnet wurde? Kurz nach seinem Amtsantritt beauftragte Kenne-

---

lationsschritte, bevor auf die Nuklearwaffen Rückgriff genommen werden sollte. Zur Haltung Eisenhowers in der Berlinfrage vgl. Burr, U.S. Policy and the Berlin Crisis, S. 34–37; ders., Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958–January 1959, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 177–206.

[22] Zur Kritik Kennedys und seiner neuen Regierungsmannschaft an Eisenhowers sicherheitspolitischer Strategie vgl. Richard A. Aliano, American Defense Policy from Eisenhower to Kennedy: The Politics of Changing Military Requirements, 1957–1961, Athens/OH 1975; Maxwell D. Taylor, The Uncertain Trumpet, New York 1960; Andreas Wenger, Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie: Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 19, Zürich 1991.

[23] Dies macht beispielsweise das zentrale Dokument zur Nato-Politik Kennedys deutlich: Lyndon B. Johnson Library, Vice Presidential Security File, Box 4, NSC-1961, NSAM No. 40, To Members of the NSC from McGeorge Bundy, April 24, 1961.

[24] Dank dieser Sicherungen konnten die nuklearen Gefechtsköpfe nur noch nach Eingabe eines Codes, der nur dem amerikanischen Präsidenten bekannt war, zur Detonation gebracht werden. Vgl. dazu Peter Douglas Feaver, Guarding the Guardians: Civilian Control of Nuclear Weapons in the United States, Ithaca 1992, S. 191–198.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dy Dean Acheson mit der Überarbeitung der Berlinplanung[25]. Der Bericht Achesons an den Präsidenten vom 28. Juni 1961 kann als Ausgangspunkt von Kennedys Berlinpolitik bezeichnet werden[26]. Acheson schlug vor, die konventionellen Truppen in Europa massiv zu verstärken. Im Gegensatz zu Eisenhower und Dulles war der ehemalige Außenminister Trumans der Meinung, daß nur ein sichtbarer und umfassender Ausbau der militärischen Machtmittel (wie einst im Zuge des Koreakrieges) eine glaubwürdige Abschreckung der Sowjetunion in Berlin garantiere. Acheson ging zwar nicht davon aus, daß die NATO einen Angriff des Warschauer Paktes mit konventionellen Mitteln allein aufhalten könne. Aber ein Ausbau der Bodentruppen – so sein Schlüsselargument – würde die nukleare Abschreckung stärken. Chruschtschow zweifle offensichtlich daran, daß die USA Europa mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (also auch nuklearen Waffen) verteidigen würden. Diese Annahme galt es in den Augen Achesons zu widerlegen. Die Berlinkrise war damit ein Prüfstein nationaler Willenskraft. Um diesen Test erfolgreich zu bestehen, argumentierte Acheson, müßten die USA erstens willens sein, eher einen Nuklearkrieg zu akzeptieren, als den sowjetischen Forderungen nachzugeben. Aber nur der Wille zur konventionellen Verteidigung West-Berlins mache zweitens die Drohung mit einer nuklearen Eskalation glaubwürdig. Die NATO-Streitkräfte sollten daher fähig sein, einen Angriff der Nationalen Volksarmee zu stoppen. Die Frage der nuklearen Eskalation des Konflikts würde sich damit für die NATO erst stellen, nachdem die Sowjetunion direkt in den Konflikt eingegriffen habe – eine Ausgangslage, die den Gegner die nuklearen Risiken mittragen ließ. Eine Verhandlungslösung der Krise empfahl Acheson erst dann ins Auge zu fassen, nachdem der Westen die Demonstration des festen Willens zur Verteidigung Berlins (notfalls auch mit Nuklearwaffen) erfolgreich bestanden habe.

Die noch unerfahrene Administration ließ sich im Frühsommer 1961 – mit Ausnahme der Aufforderung zur vollständigen Ablehnung von Verhandlungen – von Achesons Argumentation überzeugen. Acheson hatte dabei vorerst leichtes Spiel, da viele der neuen Administrationsmitglieder mit seiner Kritik an Eisenhowers Verteidigungspolitik übereinstimmten und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von zunehmenden Spannungen geprägt waren. Der rasche Verhärtungsprozeß zwischen Ost und West im Frühjahr 1961 kam überraschend, war doch die Zeit unmittelbar nach Kennedys Wahl von Signalen der Entspannung geprägt gewesen. Die Ver-

[25] Acheson hatte Eisenhowers Berlinpolitik öffentlich dahingehend kritisiert, daß sie zuviel Gewicht auf nukleare Drohungen lege und die konventionelle Aufrüstung vernachlässige. Vgl. Dean Acheson, Wishing Won't Hold Berlin, in: Saturday Evening Post, 7.3.1959, S.32f. und 85f. Vgl. auch Bundy, Danger and Survival, S.372–378.

[26] Das Papier Achesons ist abgedruckt in Report by Dean Acheson, June 28, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd.14, S.138–159 (künftig: Acheson Report). Neuere Darstellungen, die auf dem erst kürzlich deklassifizierten Papier beruhen, sind Trachtenberg, History and Strategy, S.215–231; Michael R. Beschloss, The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1961–1963, New York 1991, S.242–261. Ältere Literatur vgl. Theodore C. Sorensen, Kennedy, London 1965, S.584; Arthur M. Schlesinger Jr., A Thousand Days: John F. Kennedy in the White House, Cambridge 1965, S.381–383.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen war das Produkt von Fehlperzeptionen und mißglückten Kommunikationsversuchen zwischen dem sowjetischen Parteichef und dem neuen amerikanischen Präsidenten. Beide nahmen aggressive Äußerungen des Kontrahenten, die jeweils in erster Linie mit Blick auf die innenpolitische Debatte und die Beziehungen innerhalb des jeweiligen Blockes gemacht worden waren, zum Nennwert, was beiderseits zu Überreaktionen führte.

So interpretierte Kennedy Chruschtschows Rede vom 6. Januar 1961, in welcher der sowjetische Parteichef die Unterstützung von nationalen Befreiungskriegen angekündigt hatte, als Eröffnung einer Phase kommunistischer Expansion. Dabei übersah der amerikanische Präsident, daß sich Chruschtschow in erster Linie an seine chinesischen und innenpolitischen Kritiker gewandt hatte. Der Staats- und Parteichef der Sowjetunion andererseits schloß aus Kennedys bedrohlicher Rhetorik in der *State of the Union Address* (30. Januar 1961), in welcher der neu gewählte Präsident seine Kritik an Eisenhowers verteidigungspolitischen Unterlassungssünden begründet hatte, auf feindliche Absichten der neuen Administration. Die Schweinebucht-Invasion[27] bestätigte Chruschtschow in dieser Annahme; das Debakel der Invasion machte ihn aber auch glauben, daß Kennedy weder über die Fähigkeit noch den Willen zu einer harten Vorgehensweise verfüge. Dies wiederum verleitete Chruschtschow dazu, Kennedy im Juni 1961 in Wien mit einem besonders dramatisch formulierten neuen Berlinultimatum zu konfrontieren[28].

Chruschtschows Wiederholung der Drohung mit einem separaten Friedensvertrag mit der DDR und die Tatsache, daß die Administration Kennedy die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion höher einschätzte als die Administration Eisenhower, leiteten einen fundamentalen Wahrnehmungswandel der USA in der Berlinfrage und der Frage der europäischen Sicherheit ein. Nach der Rückkehr aus Wien stellte sich für Kennedy die unangenehme Frage, wieso Chruschtschow nach 1958 sein Prestige ein zweites Mal auf dieselbe Karte setzte. Im Weißen Haus begann man zu fragen, ob sich das sowjetische Staatsoberhaupt eine erneute Entlarvung seiner Forderungen als leere Drohungen überhaupt leisten könne. Oder handelte es sich bei den sowjetischen Drohungen um mehr als nur den Versuch, die westliche Einheit zu spalten? Die Möglichkeit einer militäri-

[27] Am 17. 4. 1961 landeten 1500 von der CIA ausgebildete und bewaffnete Exilkubaner auf Kuba in der sogenannten Schweinebucht. Die Invasoren wurden innerhalb von drei Tagen von den Truppen Fidel Castros überwältigt. Auch angesichts des sich abzeichnenden Desasters hielt Präsident Kennedy an seinem Entscheid fest, keine regulären amerikanischen Verbände einzusetzen. Vgl. Schlesinger, A Thousand Days, S. 233–266; Sorensen, Kennedy, S. 324–343.

[28] Zur Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Frühjahr 1961 vgl. Beschloss, The Crisis Years, S. 1–117. Kennedys Rede zur Lage der Nation ist abgedruckt in: John F. Kennedy, Annual Message to the Congress on the State of the Union, January 30, 1961, Public Papers of the Presidents of the United States (künftig: Kennedy PPS), 1961, S. 19–28. Chruschtschows Berlinultimatum, wie er es in Wien präsentierte, kann nachgelesen werden in: Aide-Mémoire From the Soviet Union to the United States, Handed by Premier Khrushchev to President Kennedy at Vienna, June 4, 1961, DG, S. 642–646.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Konfrontation zwischen Ost und West schien in der amerikanischen Perspektive im Sommer 1961 auf jeden Fall größer denn je[29].

In der Folge intensivierten Kennedys Berater die Debatte um die sowjetischen Absichten. Achesons „Willenstest", so wurde von Personen wie Bundy, Schlesinger, Kissinger und Kaysen argumentiert, beinhalte die Gefahr eines von niemandem gewollten Eskalationsprozesses. Der einfachste Weg, in einen Nuklearkrieg zu schlittern, sei es, wenn beide Seiten glaubten, der Gegner bluffe und lenke ein, bevor Nuklearwaffen eingesetzt würden[30]. Es war die Gefahr einer unkontrollierten Eskalation zu einem Nuklearkrieg, welche die Administration Kennedy zu einer Überprüfung der sowjetischen Zielsetzungen führte.

4. Die Suche nach einer Verhandlungslösung: Bereiche einer amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz

Die amerikanischen Bemühungen um eine Verhandlungslösung nahmen zu, nachdem am 13. August 1961 die DDR mit sowjetischer Unterstützung mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen hatte. In Washington verstand man die Aktion aufgrund ihrer politischen Auswirkungen in West-Berlin und Westdeutschland *kurzfristig* als Eskalation des Konfliktes. Bald aber erkannten die wichtigsten Entscheidungsträger, daß die Teilung Berlins *langfristig* eine evolutionäre Lösung der Berlinfrage erleichterte[31]. In der Rückschau und ausgehend von der Perspektive der USA und der Sowjetunion kann die Mauer durchaus als Symbol für die wechselseitige Akzeptanz des territorialen Status quo in Europa gesehen werden.

Die Zäsuren des Mauerbaus im August 1961 und der Kubakrise im Oktober 1962 bildeten den Startpunkt für einen intensiven, meist bilateralen amerikanisch-sowjetischen Dialog, als dessen Resultat sich die eingangs erwähnte Interessenkongruenz

---

[29] Der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewellyn Thompson, schätzte die Kriegsgefahr als sehr hoch ein. Vergleiche beispielsweise seinen Brief an Außenminister Rusk in: National Security Archive, Washington (künftig: NSA), Mikrofilmkartensammlung zur Berlinkrise (künftig: BC 58–62), No. 02061, Memorandum, Thompson to the Secretary of State, May 27, 1961.

[30] Im Dezember 1961 benutzte Rusk dieses Argument, um die europäischen Verbündeten von der Notwendigkeit weiterer Verhandlungen mit der Sowjetunion zu überzeugen. „One of the quickest ways to have a nuclear war," stellte er in einem Treffen mit den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs und der BRD fest, „is to have the two sides persuaded that neither will fight. Precisely because a *casus belli* is involved in this situation it would be irresponsible for governments that have nuclear weapons under their control not to be in contact with each other even up to the last few seconds before the holocaust." In: NSA, Rusk Memos Folder, Memorandum of Conversation, December 12, 1961.

[31] Für eine detailliertere Analyse der amerikanischen Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 219–222; Bundy, Danger and Survival, S. 366–371; Honoré Catudal, Kennedy and the Berlin Wall: A Case Study in U.S. Decision Making, Berlin 1980; Norman Gelb, The Berlin Wall: Kennedy, Khrushchev and a Showdown in the Heart of Europe, New York 1986.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der beiden Supermächte in der deutschen und der nuklearen Frage herauszubilden begann. Die Basis der Gespräche bildete die Fokussierung der Debatte auf die nationalen Interessen der USA und der Sowjetunion. Die amerikanisch-sowjetische Annäherung erwies sich vor dem Schock der Kubakrise allerdings noch nicht als tragfähig genug, um den Widerstand von innenpolitischen Kritikern und außenpolitischen Bündnispartnern überwinden zu können.

Unter dem Eindruck der Zuspitzung der Krise im Spätsommer 1961, symbolisiert durch den Bau der Mauer, die Beschleunigung der Rüstungsspirale und die Wiederaufnahme der Nukleartests, übernahm Kennedy direkt die Führung in den Bemühungen um eine Verhandlungslösung. Er wurde dabei in erster Linie von seinen Beratern im Weißen Haus unterstützt. Das Außenministerium unter der Leitung von Dean Rusk verschleppte den einsetzenden amerikanisch-sowjetischen Annäherungsprozeß, da negative Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den Alliierten absehbar waren. Erst kürzlich deklassifizierte Aktenbestände belegen aber, daß Kennedy in der Berlinfrage zu weitreichenden Kompromissen bereit war. Seine diesbezügliche Flexibilität erstaunt und übertrifft Eisenhowers Bereitschaft zur Veränderung der westlichen Verhandlungsposition bei weitem[32].

Kennedy und seine Berater gelangten zur Einsicht, daß die Berlinfrage legitime sowjetische Sicherheitsinteressen tangiere. Die Sowjetunion fürchtete offensichtlich ein Anwachsen des deutschen Militärpotentials, insbesondere mit Blick auf den nuklearen Rüstungssektor. Chruschtschow strebte deshalb eine Stabilisierung der Situation in Zentraleuropa an. Voraussetzung dafür war die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der DDR durch den Westen. Diese Zielsetzungen standen in grundsätzlichem Widerspruch zum westdeutschen Anspruch auf Wiedervereinigung, der beinhaltete, daß die DDR als Staat weiterhin nicht anerkannt wurde. Aufgrund solcher Einschätzungen kamen die Berater Kennedys zum Schluß, daß eine der beiden Seiten ihre Zielsetzungen verändern müsse, oder Ost und West würden unaufhaltsam auf eine militärische Auseinandersetzung zusteuern.

Die neue Verhandlungsposition der USA unterschied sich von den bisherigen Verlautbarungen des Westens in zweierlei Hinsicht. Zum einen reduzierten Kennedy und seine Berater die westlichen Interessen in der Berlinfrage auf das Wesentliche. Sie definierten drei fundamentale westliche Interessen: das Selbstbestimmungsrecht der West-Berliner, das Recht der Alliierten auf uneingeschränkte Präsenz in Berlin und das Recht auf freien Zugang zu West-Berlin. Damit wurde Moskau in aller Deutlichkeit signalisiert, welche Interessen die USA auch mit Waffengewalt zu verteidigen bereit waren – dies mit dem Ziel, die Eskalationsgefahr des Konflikts aufgrund von Fehlperzeptionen herabzusetzen. Zum anderen entschloß sich Kennedy, die Berlinfrage im umfassenden und langfristigen Kontext der europäischen Sicher-

[32] Die Veränderung der amerikanischen Politik in der Berlinfrage gekoppelt mit der Frage der europäischen Sicherheitsordnung ist im Detail dokumentiert in: FRUS, 1961–1963, Bde.14 und 15: Berlin Crisis, 1961–1962/1962–1963. Der Vollständigkeit halber empfiehlt es sich allerdings, die Bestände der Mikrofilmkartensammlung des NSA ebenfalls zu Rate zu ziehen.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heit zu diskutieren. Die Debatte im Weißen Haus verschob sich diesbezüglich in Richtung der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der DDR, der Diskussion zweier separater Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten, eines Nichtangriffspaktes und gegenseitiger Sicherheitsgarantien für die beiden deutschen Staaten durch den Warschauer Pakt und die NATO sowie der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentraleuropa. Implizit bedeuteten diese Verhandlungsvorschläge, daß Kennedy gewillt war, die faktische Teilung von Berlin und Deutschland anzuerkennen und damit die Idee der deutschen Wiedervereinigung zumindest kurzfristig nur noch als bloßes Lippenbekenntnis aufrechtzuerhalten[33].

Die Administration Kennedy informierte die Sowjetunion über ihre neue Verhandlungsposition in bilateralen Treffen zwischen Kennedy und Rusk auf der einen Seite und dem sowjetischen Außenminister Gromyko auf der anderen. Äußeren Anlaß für die Gespräche bot die Generalversammlung der UNO in New York im Herbst 1961. Kennedy bekräftigte die in den bilateralen Diskussionen gesandten Signale in einer Rede vor der UNO am 25. September 1961. Die Stellungnahmen der beiden wichtigsten außenpolitischen Verantwortungsträger der USA lassen sich auf die folgenden drei Aussagen reduzieren: Erstens betonten sowohl Kennedy als auch Rusk, daß in der Berlinkrise eine reale Gefahr einer ungewollten Eskalation zum Nuklearkrieg bestand. Zweitens umschrieben sie die vitalen Interessen des Westens mit den drei bereits genannten Grundrechten. Und drittens versicherten sie der Gegenseite ihren Willen, die generelle Sicherheitssituation in Zentraleuropa zu diskutieren. Bezüglich der nuklearen Frage signalisierten sowohl Kennedy als auch Gromyko, daß die Verhinderung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen an nicht-nukleare Staaten im beiderseitigen Sicherheitsinteresse liege[34].

Wie problematisch Kennedys neue Verhandlungsposition war, zeigte sich, als erste Hinweise auf substantielle Veränderungen in der Haltung Washingtons an die Alliierten durchzusickern begannen. Die diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik und Frankreichs waren schockiert über eine Politik, die auf die Anerkennung der DDR und die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung zusteuerte. Präsident de Gaulle

---

[33] Am 21. 8. 1961 informierte Kennedy Außenminister Rusk, daß die amerikanische Verhandlungsposition folgenden Vorgaben entsprechen solle: „Protect our support for the idea of self-determination, the idea of all-Germany, and the fact of viable, protected freedom in West Berlin." Memorandum, Kennedy to Rusk, August 21, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 359 f. Einen ausgezeichneten Einblick in den Gang der Debatte im Weißen Haus geben: John F. Kennedy Library, National Security Files, Box 320, Meetings and Memoranda Series, Letter with attached Memorandum, Kaysen to Bundy, August 22, 1961; „Staff Memoranda Carl Kaysen 6/61–8/61"; ebenda, Countries Series, Box 82, Germany-Berlin General Folder, Memorandum, Kissinger to Bundy, August 18, 1961. Vgl. Trachtenberg, History and Strategy, S. 226–231; Frank A. Mayer, Adenauer und Amerika: Eine Betrachtung aus zeitgenössischer Sicht, in: Rhöndorfer Gespräche, Bd. 14: Adenauer und die USA, hrsg. von Klaus Schwabe, Bonn 1994, S. 181–220.

[34] Die Gesprächsprotokolle der Treffen zwischen Kennedy beziehungsweise Rusk und Gromyko sind abgedruckt in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 439–441, 456–461. Kennedys Rede kann eingesehen werden in: Address by President Kennedy to the United Nations General Assembly, September 25, 1961, DG, S. 803–811.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und sein Außenminister Couve de Murville begründeten ihre ablehnende Haltung gegenüber jeglichen Verhandlungen mit Argumenten, die an Achesons Formulierungen vom Juni 1961 erinnerten. Es sei Chruschtschow, nicht der Westen, der den Status quo verändern wolle. Die westliche Präsenz in West-Berlin sei rechtmäßig. Der Westen würde sich erzwungenen Veränderungen des Status quo mit militärischen Mitteln entgegenstellen. Verhandlungen unter dem Eindruck eines sowjetischen Ultimatums würden als Politik des „appeasement" ausgelegt. Damit habe der Westen bereits genügend negative Erfahrungen gemacht. Letztlich würden die Sowjets ebensowenig wie der Westen einen Krieg wegen Berlin riskieren[35]. Die diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik wehrten sich noch vehementer gegen die amerikanischen Vorschläge. Die Bundesrepublik würde keinem Sicherheitsarrangement für Zentraleuropa zustimmen, solange Deutschland nicht wiedervereinigt sei. In der westdeutschen Perspektive waren Sicherheitsabsprachen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt ebenso inakzeptabel wie eine nuklearwaffenfreie Zone in Zentraleuropa, würde die Bundesrepublik doch damit nicht gleichberechtigt mit den anderen Bündnispartner der NATO behandelt. Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der DDR und Beilegung der Grenzfragen nur als Teil eines umfassenden Friedensvertrags waren Positionen, denen im Herbst 1961 alle politischen Parteien der Bundesrepublik zustimmten[36].

Die Uneinigkeit innerhalb der NATO hinsichtlich der Berlinfrage und der Frage der europäischen Sicherheitsordnung verhinderte Ende 1961 weitere Fortschritte in Richtung einer formellen Beilegung der Berlinkrise auf der Basis der amerikanischen Position. Denn im Endeffekt konnte Kennedy in den offiziellen Verhandlungen mit der Sowjetunion nur so weit gehen, als dies die Regierung Adenauer unterstützte, ohne dabei die amerikanisch-deutschen Beziehungen generell zu gefährden. Dies wiederum wäre einer fundamentalen Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik gleichgekommen, handelte es sich bei den Beziehungen zur Bundesrepublik doch seit den fünfziger Jahren um die entscheidende Größe hinsichtlich der Eindämmung der Sowjetunion in Europa.

Kennedy war allerdings nicht bereit, eine Blockierung der Berlinverhandlungen durch Bonn und Paris tatenlos hinzunehmen. Dies äußerte sich in zweifacher Hinsicht: Zum einen übte Kennedy in einer Runde bilateraler Gespräche Ende November 1961 massiven Druck auf den deutschen Bundeskanzler aus, sich nicht länger der Fortführung der amerikanisch-sowjetischen Gespräche zu widersetzen. Der amerikanische Präsident hob die Notwendigkeit von Verhandlungen im Nuklearzeitalter hervor, machte aber auch deutlich, daß der Westen vorerst auf der Basis überlegener

[35] Die Gesprächsprotokolle der Außenministertreffen geben einen guten Einblick in die französische Position; vgl. z.B. Memorandum of Conversation, „Ministerial Consultations on Berlin," August 5, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 269–280; Memorandum of Conversation, „Quadripartite Foreign Ministers Meeting," December 11, 1961, in: Ebenda, S. 650–659.

[36] Für die deutsche Position vgl. NSA, Rusk Memos Folder, Memorandum of Conversation, „Meeting of Ambassadorial Group," October 3, 1961; ebenda, Memorandum of Conversation between Ambassador Grewe and Secretary Rusk, October 22, 1961.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

militärischer Streitkräfte verhandeln könne. Im übrigen ließ er die Gelegenheit nicht ungenutzt, Adenauer an den Verzicht auf die Produktion von Massenvernichtungswaffen aus dem Jahre 1954 zu erinnern. Kurzfristig waren Kennedys Bemühungen erfolgreich. Adenauer stimmte der Fortführung der Gespräche in Moskau zu[37]. Zum anderen dokumentierte Kennedy sein Interesse an einer Lösung der Berlinfrage in informellen, geheimen Gesprächen mit Vertretern Chruschtschows, als die Verhandlungen zwischen Gromyko und dem amerikanischen Botschafter Thompson zu Beginn des Jahres 1962 erwartungsgemäß in eine Sackgasse mündeten. Es scheint, als sei der neue Kommunikationskanal zwischen Kennedy und Chruschtschow von Robert Kennedy, dem Bruder des Präsidenten, in einem Treffen mit Georgi Bolshakov, militärischer Nachrichtenoffizier an der sowjetischen Botschaft in Washington, eröffnet worden. Der Kontakt wurde in einem direkten Treffen zwischen Kennedy, Bolshakov und Chruschtschows Schwiegersohn, Alexei Adzhubei, am 31. Januar 1962 fortgeführt und mündete in einen Briefwechsel zwischen den beiden Staatsoberhäuptern, der außerhalb der formellen diplomatischen Kanäle geführt wurde[38].

Ein Brief Kennedys an Chruschtschow vom 15. Februar 1962 gibt das Denken des amerikanischen Präsidenten in aller Deutlichkeit wieder, da Kennedy hier seine Position ohne Rücksicht auf die Alliierten formulieren konnte. Kennedy versuchte, Chruschtschow für einen neuen Weg in den Berlinverhandlungen zu gewinnen. Da die Chancen äußerst ungünstig stünden, in der Berlinfrage eine allseits befriedigende Lösung zu finden, so Kennedy, und da sich die Situation in der geteilten Stadt über die Jahre hinweg von selbst entspannen werde, sei es wichtiger, eine Übereinstimmung in der Gesamtsituation zu finden. In diesem Zusammenhang erkenne die amerikanische Regierung an, daß die Sowjetunion besorgt sei über die Gefahr des Wiederauflebens des deutschen Nationalismus und einer Weiterverbreitung von Nuklearwaffen. Gerade in diesen Bereichen sei er allerdings überzeugt, daß eine bilaterale Übereinstimmung gefunden werden könne. Abschließend machte Kennedy Chruschtschow darauf aufmerksam, daß anhaltender sowjetischer Druck in Berlin einer Annäherung in den grundlegenden Fragen der europäischen Sicherheit zuwiderlaufen würde. Frankreich und Deutschland würden vielmehr angespornt, unabhängige nationale Nuklearstreitkräfte aufzubauen und jeglicher Übereinkunft in der Berlinfrage entgegenzuwirken[39].

Im Frühjahr 1962 wurden die wesentlichen Punkte, die Kennedy und Chruschtschow berührt hatten, in formellen Verhandlungen auf der Ebene der Außenminister

---

[37] Die Gespräche zwischen Kennedy und Adenauer sind dokumentiert in: Memoranda of Conversation between Adenauer und Kennedy, November 20, 21, and 22, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 590–595, 614–618, 620–632.

[38] Die Kontakte sind dokumentiert in: Letter, Khrushchev to Robert Kennedy, January 8, 1962, in: Ebenda, S. 763–766; Memorandum of Conversation between Adzhubei, Bolshakov, and Kennedy, January 31, 1962, in: Ebenda, S. 780–784. Für weitere Informationen zu den Treffen zwischen Bolshakov und Robert Kennedy vgl. Beschloss, The Crisis Years, S. 152–157.

[39] Kennedys Brief in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, Letter, Kennedy to Krushchev, February 15, 1962, S. 819–822.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertieft. In einer Reihe von bilateralen Gesprächen anläßlich der Genfer Abrüstungskonferenz informierte der amerikanische Außenminister Rusk seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko über den amerikanischen Vorschlag eines Modus vivendi. Der amerikanische Vorschlag umfaßte vier Bereiche: 1. Berlin, 2. Deutschland, 3. Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und 4. Nichtangriffspakt. Der amerikanische Verhandlungsansatz sah vor, sich für jeden dieser vier Bereiche auf generelle Prinzipien zu einigen, welche die Grundlage für künftige Verhandlungen bilden sollten. Weiter schlug Washington vor, die Rahmenbedingungen künftiger Verhandlungen zur Diskussion zu stellen und gleichzeitig konkrete Zwischenschritte zu formulieren[40].

Dean Rusk betonte in seinen Gesprächen mit Andrei Gromyko, es liege im nationalen Interesse beider Seiten, daß sich bezüglich der genannten vier Bereiche eine gewisse Stabilität und wechselseitige Sicherheit einstelle. Aus der Perspektive der nationalen Interessen der USA und der Sowjetunion komme beispielsweise dem Berlinproblem bestenfalls periphere Bedeutung zu. In diesem Sinne seien die USA auch keineswegs als Gefangene westdeutscher Interessen zu betrachten. Vor dem Hintergrund erneuter Spannungen um den westlichen Zugang zu Berlin im Frühjahr 1962 machte der amerikanische Außenminister allerdings auch deutlich, daß ohne eine Entspannung der Situation in Berlin kaum Fortschritte bei den Rüstungskontrollfragen erreicht werden könnten. Die amerikanische Verhandlungsstrategie folgte also der Überlegung, daß die Sowjets ein Entgegenkommen der USA in Rüstungskontrollfragen mit Konzessionen in der Berlinfrage beantworten sollten[41].

Zwischen März und September 1962 wurden die Verhandlungen über die amerikanischen Vorschläge in einer ganzen Serie von Treffen zwischen Rusk und dem sowjetischen Botschafter in Washington Anatoli Dobrynin einerseits und Rusk und Gromyko andererseits vorangetrieben[42]. Das Schwergewicht der Diskussionen lag dabei auf den Bereichen Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen und Berlin. Mit Blick auf die Formulierung eines Nonproliferationsvertrags für Nuklearwaffen machte die sowjetische Seite deutlich, daß sie in erster Linie an einer Formel interessiert sei, die sich auf die beiden Deutschland beschränke. Dabei sollte der Vertragstext sicherstellen, daß Nuklearwaffen weder direkt noch über Drittparteien und Militärbündnisse weitergegeben würden. Die amerikanische Seite machte dagegen klar, daß ein Abkommen, das nicht allgemein abgefaßt sei, sondern nur die beiden Deutschland herausgreife, aus politischen Gründen inakzeptabel wäre. Gleichzeitig betonte Dean Rusk aber auch wiederholt, daß die USA nicht die Absicht hätten, Nuklearwaffen an die Bundeswehr weiterzugeben. Sowjetischen Bedenken, daß dies über die For-

[40] Memorandum from Kohler to Rusk, March 10, 1962, in: Ebenda, S. 4–6.

[41] Die Protokolle der Genfer Gespräche zwischen Rusk und Gromyko in: Ebenda, Memoranda of Conversation, March 12, 13, 20, 22, 26, 1962, S. 26–33, 35–39, 51–60, 61–69, 76–89.

[42] Die Verhandlungen sind dokumentiert in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, Memoranda of Conversation between Rusk and Gromyko, and Rusk and Dobrynin, April 27, May 30, July 24 and 25, August 8 and 23, 1962, S. 444–446, 459 f., 493–495, 496, 541–547, 556–559.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mierung einer nuklearen *Multilateral Force* (MLF) der NATO de facto gleichwohl geschehen könnte, hielt der amerikanische Außenminister entgegen, daß die USA multilaterale NATO-Nuklearstreitkräfte ja gerade deshalb ins Auge faßten, um eine Weiterverbreitung von Nuklearwaffen in Europa zu verhindern. Die USA würden die Kontrolle über die Nuklearwaffen, die einer allfälligen MLF zur Verfügung gestellt würden, nicht aus den Händen geben[43].

Im September 1962 schien eine amerikanisch-sowjetische Einigung über eine Formel für einen nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrag in greifbare Nähe gerückt. Dies geschah aufgrund einer zweifachen Veränderung in der sowjetischen Verhandlungsposition: Zum einen ließen die Sowjets ihre Forderung fallen, daß sich das Abkommen ausschließlich auf die beiden Deutschland zu beziehen habe. Zum anderen schloß Moskau eine Formel nicht mehr kategorisch aus, die eine multilaterale NATO-Nuklearstreitmacht ermöglichen würde[44]. Der Ausbruch der Kubakrise im Oktober führte dann allerdings zu einem abrupten Abbruch der Gespräche.

In der Berlinfrage konzentrierten sich die bilateralen Gespräche auf die sowjetische Forderung, daß der Westen seine Streitkräfte aus West-Berlin zurückziehen solle. Im Sinne einer Übergangslösung könnten die westlichen Truppen durch UNO-Truppen ersetzt werden. Die sowjetische Seite begründete ihre Position mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß die beiden Supermächte durch eines der beiden Deutschland in eine direkte militärische Konfrontation hineingezogen werden könnten. Im Gegenzug machte die amerikanische Seite deutlich, daß es sich bei der Präsenz westlicher Streitkräfte in Berlin um ein vitales Interesse der USA handelte. Die amerikanischen Truppen in Berlin seien ein stabilisierendes Element, das nicht preisgegeben werden dürfe. Hingegen würde sich die Situation mit der Zeit von allein entspannen, insbesondere als Folge einer Intensivierung der Kontakte zwischen den beiden Deutschland. Die Erhöhung der Spannungen um Berlin Ende August 1962 und der Ausbruch der Kubakrise zogen dann aber auch für die Bereiche Berlin und Deutschland ein rasches Ende der Gespräche nach sich.

Der Stand der direkten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen macht gleichwohl deutlich, daß sich im Verlaufe des Sommers 1962 eine weitgehende Übereinstimmung der beiden Supermächte in der deutschen und der nuklearen Frage herauszubilden begann. Die Gefahr eines Nuklearkrieges lenkte die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger in den USA und der Sowjetunion von der begrenzten Frage nach der Zukunft Berlins auf die grundlegende Problematik einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Denn: Nur wenn es um politische Zielsetzungen von vitaler Dimension ging, schien es angemessen, das nukleare Risiko abzuwägen,

---

[43] Von speziellem Interesse hinsichtlich der amerikanischen Rückversicherung, daß die MLF nicht zur verdeckten Weitergabe von Nuklearwaffen an die Bundeswehr genutzt würde, sind die Dokumente: Meeting of Committee of Principals, July 26, 1962, in: Ebenda, S. 499–507, Memorandum of Conversation between Rusk and Dobrynin, August 8, 1962, S. 541–547, und Message from Kennedy to Khrushchev, April 11, 1963, S. 672 f.

[44] Zum Wandel der sowjetischen Verhandlungsposition vgl. ebenda, Memorandum from Rusk to Kennedy, September 21, 1962, S. 570–572.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und glaubwürdig, mit nuklearer Vergeltung zu drohen. Hinsichtlich der Frage, wie in Europa der Frieden am besten gesichert werden konnte, realisierten Kennedy und Chruschtschow, daß die amerikanischen und sowjetischen Sicherheitsinteressen in wichtigen Bereichen übereinstimmten. Mit der beiderseitigen Erkenntnis, daß eine Lösung der Spannungen am besten auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo erreicht werden konnte, machte das europäische Sicherheitssystem einen entscheidenden Schritt hin zur Stabilisierung.

5. Widerstände in der NATO und in den USA

Die Annäherung zwischen den beiden Supermächten in zentralen Fragen einer europäischen Sicherheitsordnung war nicht unumstritten und löste eine heftige innenpolitische Debatte und einen politischen Dialog innerhalb der nordatlantischen Allianz aus. Die Kubakrise sollte dann allerdings eine deutliche Ausweitung des diesbezüglichen Handlungsspielraums der amerikanischen Regierung mit sich bringen.

Wie erwähnt, nahm die Regierung Kennedy Anfang März 1962 bilaterale Gespräche auf der Ebene der Außenminister über einen Modus vivendi der Supermächte auf. Vor dem ersten Treffen zwischen Rusk und Gromyko wurden nur die Briten konsultiert. Nach der ersten Gesprächsrunde in Genf im März 1962 sah sich Washington aber gezwungen, auch die Regierung Adenauer über die Grundzüge des vorgeschlagenen Modus vivendi zu informieren. Ähnlich wie im Herbst 1961 zeigte sich Adenauer schockiert über die amerikanischen Verhandlungspositionen, sowohl was die Berlinfrage als auch die Frage eines nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrags anbelangte[45]. Prompt sickerte die Substanz der amerikanischen Position (anscheinend mit Zustimmung Adenauers) an die Presse durch. Dies wiederum löste eine tiefe Verstimmung in Washington aus[46].

Die Regierung Kennedy sah sich zusätzlich mit harscher interner Kritik am neuen Verhandlungsansatz konfrontiert. So lehnten beispielsweise die Joint Chiefs of Staff (JCS) einen nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrag ab, da kein umfassendes Verifikationssystem vorgesehen war. In Kennedys Einschätzung der politischen Lage war der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um eine offene Auseinandersetzung mit denjenigen Kreisen in Kauf zu nehmen, die sich einer Annäherung an die Sowjetunion entgegenstellten. Der Präsident entschied sich daher, die Verhandlungen mit der So-

[45] In seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister betonte Adenauer, daß der westdeutsche Produktionsverzicht für Nuklearwaffen 1954 unter dem Vorbehalt ausgesprochen worden sei, daß grundlegende Veränderungen des internationalen Umfeldes eine erneute Überprüfung der Entscheidung notwendig machen könnten. Vgl. Telegram from Rusk to Kennedy, June 23, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 200–203. Zu Adenauers Reaktion vgl. ebenda, Memorandum of Conversation between Adenauer and Nitze, April 13, 1962, S. 101–105.

[46] Vgl. ebenda, Telegram from Rusk to Schroeder, April 14, 1962, S. 113. Vgl. auch Paul H. Nitze, From Hiroshima to Glasnost: At the Center of Decision, New York 1989, S. 206f.; Burr, U.S. Policy and the Berlin Crisis, S. 40.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wjetunion vorerst auf bilateraler Ebene möglichst weit voranzutreiben und dabei die neuesten Entwicklungen nur einer sehr kleinen Mitarbeitergruppe zugänglich zu machen.

Auf sowjetischer Seite sah sich Chruschtschow bezüglich der Verhandlungen mit dem Westen ständiger Kritik von seiten innenpolitischer Gegner und der chinesischen Führung ausgesetzt[47]. Weit schlimmer noch: In Moskau befürchteten die Falken, daß Kennedy den Aufbau eines Erstschlagspotentials beschlossen habe. Eine Reihe politischer und strategischer Entscheidungen der Administration Kennedy schienen aus sowjetischer Perspektive das nukleare Gleichgewicht des Schreckens wieder grundsätzlich in Frage zu stellen. Im wesentlichen erklären drei Elemente die sowjetische Einschätzung, wonach die Administration Kennedy ein nukleares Patt nicht zu akzeptieren gewillt war.

Erstens betonten die wichtigsten außenpolitischen Akteure der Administration Kennedy auf dem Höhepunkt der Berlinkrise im Spätsommer 1961 das gewaltige Ausmaß der qualitativen und quantitativen Überlegenheit des Westens bei Nuklearwaffen. Die berühmteste Verlautbarung war in dieser Hinsicht die Rede des stellvertretenden Verteidigungsministers Roswell Gilpatric vom 21. Oktober 1961. Gilpatric betonte, die USA verfügten über ein Zweitschlagpotential, das größer als das sowjetische Erstschlagpotential sei[48]. Dieselbe Botschaft nuklearer Stärke wurde von Außenminister Rusk, Verteidigungsminister Robert S. McNamara sowie von Beratern wie Nitze und Kissinger in unzähligen Auftritten vor europäischen Gremien wiederholt[49].

Die amerikanischen Erläuterungen des strategischen Gleichgewichts respektive Ungleichgewichts müssen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Berlinkrise gesehen werden. Das herausragende Problem aus der Perspektive Washingtons war im Herbst 1961, daß sich Frankreich und die Bundesrepublik gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion sträubten aus Angst, der Westen müsse die Gespräche aus einer Position der Schwäche führen. Die europäische Wahrnehmung des strategischen Gleichgewichts war geprägt von den sowjetischen Erfolgen in der Raketentechnologie, der im Wahlkampf von Kennedy beschworenen Gefahr einer Raketenlücke und der Hinwendung der neuen amerikanischen Regierung zu einer konventionellen Option für die NATO. Als die Sowjetunion im Herbst 1961 in gedrängter Reihenfolge

---

[47] Die sowjetische Seite wird nur insofern in die Analyse einbezogen, als sich die Entscheidungen Chruschtschows in der amerikanischen Wahrnehmung widerspiegelten. Zur Position Chruschtschows im internen Dialog vgl. James G. Richter, Khrushchev's Double Bind: International Pressures and Domestic Coalition Politics, Baltimore 1994.

[48] Zu Gilpatrics Rede vgl. NSA, Nuclear History, Box 14, „May 1962 Folder," Memorandum, Yarmolinsky to Sorensen, „Missile Gap Controversy," May 3, 1962. Vgl. auch Bundy, Danger and Survival, S. 381 f.

[49] Vgl. z. B. NSA, Nuclear History, Box 13, „December 1961 Folder," Nitze, Remarks to the Institute of Strategic Studies, London, December 11, 1961; ebenda, Minutes of National Security Council Meeting, December 19, 1961; Telegram, Embassy in Germany to the Department of State, February 17, 1961, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, S. 824–827.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nukleare Sprengsätze von bisher unbekannter Größenordnung zur Detonation brachte, machten sich in Europa zunehmend Zweifel am amerikanischen Vorsprung im nuklearen Rüstungssektor breit[50].

Die Administration Kennedy wußte bereits seit dem Frühjahr 1961, daß die Raketenlücke eine Fiktion war. Da aber Kennedy im Wahlkampf Eisenhower wegen der Vernachlässigung der amerikanischen Raketenprogramme heftig kritisiert hatte, zögerte der neue Präsident, sein neues Wissen so rasch nach seiner Wahl publik zu machen[51]. Das Problem bestand im Herbst 1961 somit darin, daß Amerika um seine nukleare Stärke wußte, die Europäer aber diesbezüglich ihre Zweifel hegten. Aufgrund dieser Sachlage entschloß sich Kennedy, die wirklichen nuklearen Kräfteverhältnisse öffentlich darzulegen. Das Ziel der amerikanischen Bemühungen war die Rückversicherung der europäischen Bündnispartner. Die Betonung der eigenen nuklearen Überlegenheit sollte die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie stärken und implizit auch zum Ausdruck bringen, daß der Westen mit Blick auf Berlin nicht aus einer Position der Schwäche zu verhandeln brauchte.

Die amerikanische Betonung der nuklearen Stärke war insofern erfolgreich, als sie die Europäer tatsächlich in ihrem Vertrauen in die amerikanischen Sicherheitsgarantien bestärkte. Als beispielsweise Kissinger in einem Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler im Februar 1962 die Konfiguration der amerikanischen Nuklearstreitkräfte (insbesondere die Komponente der beinahe unverletzlichen seegestützten Polarisraketen) im Detail darlegte, betonte Adenauer wiederholt, wie beruhigend diese Ausführungen seien[52]. In dem Maße, wie die Europäer an den Wert der nuklearen Überlegenheit glaubten, war diese politisch bedeutungsvoll[53].

Die sowjetischen Ängste wurden zweitens verstärkt durch das Tempo des amerikanischen Aufrüstungsprogramms. Trotz dramatisch schrumpfender nachrichtendienstlicher Schätzungen hinsichtlich der Größe des sowjetischen Nuklearwaffenpotentials beschleunigte Kennedy im Dezember 1961 die amerikanischen Raketenprogramme der zweiten Generation beträchtlich[54]. Kennedys Budgetentscheidungen

[50] Zum sowjetischen Testprogramm und den politischen Folgen in Europa und den USA vgl. Glenn T. Seaborg, Kennedy, Khrushchev, and the Test Ban, Berkeley 1981, S. 103–139.

[51] Einen guten Überblick über die Geschichte der Raketenlücke gibt das folgende verwaltungsinterne Papier in: NSA, Nuclear History, Box 16, „May 1963 Folder," Memorandum, Lawrence C. McQuade to Paul Nitze, „But Where Did the Missile Gap Go?" May 31, 1963.

[52] Das Gesprächsprotokoll ist abgedruckt in: FRUS, 1961–1963, Bd. 14, Telegram, Embassy in Germany to the Department of State, February 17, 1961, S. 824–827. Zwei Tage später beklagte sich Kennedy beim deutschen Botschafter, er habe das Ausmaß amerikanischer Stärke seit dem Juni 1961 betont. „Yet," fügte er hinzu, „there was this constant need to reassure the Germans." Memorandum of Conversation between Grewe and Kennedy, February 19, 1962, in: Ebenda, S. 830–834.

[53] Bundy, Danger and Survival, S. 382.

[54] Mit den Budgetentscheidungen für das Fiskaljahr 1963 und der langfristigen Verteidigungsplanung für die Fiskaljahre 1963–67 wurde ein Raketenpotential in der Größenordnung von 900 Minuteman ICBMs und über 600 Polaris SLBMs ins Auge gefaßt. Vgl. NSA, Nuclear History, Box 13, „December 1961 Folder," Memorandum, Kaysen to the President, December 9, 1961.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für das Fiskaljahr 1963 sind einerseits auf seine politischen Verpflichtungen zur Aufrüstung und auf das Drängen der verschiedenen Teilstreitkräfte nach größeren Budgetanteilen zurückzuführen[55]. Andererseits fürchtete Kennedy aber auch die negativen Auswirkungen eines Ausbaustopps auf die Wahrnehmung amerikanischer Stärke in Europa und in der Sowjetunion. Auch wenn diese Gründe Kennedys Politik erklären, gab der Ausbau der amerikanischen Raketenstreitkräfte in Moskau gleichwohl Anlaß zu Bedenken hinsichtlich der amerikanischen Absichten.

Die sowjetischen Befürchtungen wurden drittens durch McNamaras Äußerungen zur Nuklearstrategie beeinflußt. In seiner berühmten Rede in Ann Arbor im Juni 1962 umschrieb der Verteidigungsminister die amerikanische Strategie mit dem sogenannten *no-cities-counterforce*-Konzept. Die primären Angriffsziele in einem Nuklearkrieg seien die gegnerischen Nuklearstreitkräfte (und nicht die Bevölkerungszentren). Die Kombination eines überlegenen Nuklearpotentials und einer Strategie der kontrollierten nuklearen Erwiderung, so führte McNamara aus, gebe Anlaß zur Hoffnung, daß das Schadenausmaß in einem Nuklearkrieg begrenzt werden könne[56]. Diese Einschätzung wiederum bestärkte die sowjetischen Falken in ihren schlimmsten Befürchtungen.

Bei genauerer Lektüre von McNamaras Rede wird jedoch klar, daß der amerikanische Verteidigungsminister die Erfolgsaussichten des beschriebenen Strategiekonzepts äußerst skeptisch beurteilte – nicht zuletzt deshalb betonte er die Wichtigkeit eines Ausbaus der konventionellen Streitkräfte. Seine Ann-Arbor-Rede war in erster Linie politisch motiviert: McNamara benutzte die *no-cities-counterforce*-Strategie, weil er damit die Notwendigkeit einer zentralen Kontrolle über alle westlichen Nuklearwaffen begründen konnte. Seine nuklearstrategischen Äußerungen bildeten die Basis einer vernichtenden Kritik an unabhängigen nationalen Nuklearstreitkräften. Diese Stoßrichtung seiner Argumentation wurde in der sowjetischen Perspektive allerdings von den gefährlichen Implikationen seiner Äußerungen für die Stabilität verdeckt.

Im Sommer 1962 wurde die Annäherung zwischen Kennedy und Chruschtschow in der Frage der europäischen Sicherheitsordnung durch widersprüchliche Signale der beiden Supermächte verzögert. Beschleunigte Kennedy zur Rückversicherung der europäischen Alliierten die konventionellen und nuklearen Rüstungsprogramme

---

[55] Dies ist die zentrale These von Ball, dessen Buch die beste Analyse des amerikanischen Verteidigungsbudgets für das Fiskaljahr 1963 bleibt. Vgl. Desmond Ball, Politics and Force Levels: The Strategic Missile Program of the Kennedy Administration, Berkeley 1980.

[56] Hierbei handelte es sich um eine öffentliche Version seiner Rede vor den Außen- und Verteidigungsministern der Nato in Athen. Für den vollen Text der beiden Reden vgl. NSA, Nuclear History, Box 14, „May 1962 Folder," Remarks by McNamara, NATO Ministerial Meeting, May 5, 1962, Restricted Session; ebenda, „June 1962 Folder," McNamara, Remarks at the Commencement Exercises of the University of Michigan in Ann Arbor, June 16, 1962. Zur Analyse vgl. Wenger, Kontinuität und Wandel, S. 150–164. Gromyko beschwerte sich beispielsweise im März 1962 gegenüber Rusk, daß McNamaras Rhetorik der nuklearen Stärke den bilateralen Verhandlungen keineswegs förderlich sei. Memorandum of Conversation between Rusk and Gromyko, March 12, 1962, in: FRUS, 1962–1963, Bd. 15, S. 26–33.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und hob er die Bedeutung der nuklearen Überlegenheit der USA hervor, sah die Sowjetunion ihre Glaubwürdigkeit als Supermacht generell gefährdet. Das Gleichgewicht des Schreckens schien mit Blick auf die politischen Konsequenzen zumindest aus sowjetischer Perspektive weiterhin auf einer labilen Basis zu stehen. Diese Einschätzung bestärkte Chruschtschow in seinem Entschluß, die zahlenmäßige strategische Parität mittelfristig durch den forcierten Ausbau der sowjetischen Nuklearstreitkräfte sicherzustellen. Kurzfristig führten Chruschtschows diesbezügliche Bemühungen zur Stationierung von sowjetischen MR/IRBMs in Kuba.

6. Die Kubakrise 1962

Die Kubakrise unterschied sich von der Berlinkrise in erster Linie durch den enormen Zeitdruck, unter dem Kennedy und Chruschtschow ihre Entscheidungen zu fällen hatten, welche die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe brachten. Die politischen Führungen beider Supermächte erkannten im Oktober 1962, daß die Ereignisse außer Kontrolle zu geraten drohten. Unter dem Eindruck der Gefahr eines solchen Eskalationsprozesses strebten sowohl Chruschtschow als auch Kennedy danach, die akute Krise durch einen Kompromiß zu lösen[57].

Die dramatischen Tage der Kubakrise verdeutlichten, daß es das gemeinsame Ziel beider Supermächte sein mußte, einen Nuklearkrieg zu verhindern. Sowohl der sowjetische Parteichef als auch der amerikanische Präsident machten die Erfahrung, daß die nukleare Überlegenheit respektive Unterlegenheit in Krisensituationen von marginaler militärischer und nur sehr beschränkter politischer Bedeutung war. In diesem Sinne festigte die Kubakrise das gegenseitige Vertrauen der beiden Supermächte in die Dauerhaftigkeit des nuklearen Patts[58].

Parallel zur Festigung des nuklearen Gleichgewichts erweiterte sich als Folge der Kubakrise der Handlungsspielraum der beiden Supermächte in der Frage der europäischen Sicherheitsordnung. Gegen Ende 1962 führten ein innenpolitisch gestärkter

[57] Für eine Analyse vgl. Bundy, Danger and Survival, S. 391–462. In Bundys Darstellung gelangen persönliche Erfahrung und ausgezeichnete Kenntnis der akademischen Debatte zu einer fruchtbaren Symbiose, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Nuklearwaffen für den Verlauf der Krise. Als Gegenpol vgl. Marc Trachtenberg, The Influence of Nuclear Weapons in the Cuban Missile Crisis, in: International Security 10 (1985), S. 137–163.

[58] Der Einfluß der Nuklearkriegsgefahr auf das Denken von Kennedy und Chruschtschow kommt exemplarisch zum Ausdruck in den folgenden Reden: Krushchev's Report on the International Situation, December 12, 1962, abgedruckt in: Ronald R. Pope, Soviet Views on the Cuban Missile Crisis: Myth and Reality in Foreign Policy Analysis, Lanham 1982, S. 71–107; John F. Kennedy, Commencement Address at American University in Washington, June 10, 1963, in: Kennedy PPS, 1963, S. 459–464. Die Evaluation der amerikanischen und sowjetischen Nukleartests in der Atmosphäre vom Sommer 1962 bestärkte das Weiße Haus in der Annahme, daß es sich beim nuklearen Patt um eine robuste Größe handelte, die nicht aufgrund einiger Tests zu wanken beginnen würde. Vgl. Memorandum from Kaysen to Kennedy, December 24, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 599–601.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kennedy und ein außenpolitisch versöhnlicherer Chruschtschow die Welt in eine Periode der Entspannung. Kennedy hatte bewiesen, daß er den Sowjets Paroli zu bieten wußte. Dies stärkte innenpolitisch seine Position, so daß er es sich beispielsweise in den Verhandlungen über ein Teststoppabkommen erlauben konnte, seine militärischen Kritiker nicht in den Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen. In außenpolitischer Hinsicht war Kennedy nach der Demonstration der Stärke in Kuba weniger direkt an die Befindlichkeit der Alliierten gebunden.

Kennedy war gewillt, die Welle der Sympathie, die er mit seinen Besuchen in Berlin und der Bundesrepublik im Frühjahr 1963 gewonnen hatte, durch die Unterzeichnung des LTBT aufs Spiel zu setzen. In der Tat bezweifelte Adenauer nach dem Abschluß des LTBT denn auch, ob die USA die kommunistische Gefahr in Europa noch richtig einschätzten. Dem hielt der amerikanische Präsident in seiner schriftlichen Antwort nun aber selbstbewußt entgegen, dies sei eine ähnlich absurde Einschätzung wie diejenige, welche die demokratische Ausrichtung der Bundesrepublik in Zweifel ziehe[59]. Mit seiner Friedensrede vom 10. Juni 1963 setzte John F. Kennedy schließlich ein rhetorisches Signal, welches das amerikanische Interesse an einem Teststoppabkommen glaubhaft unterstrich und auch in Moskau als solches wahrgenommen wurde.

Chruschtschow konnte seine politische Existenz nach der Krise in der Karibik nur noch durch eine Vorwärtsstrategie sichern. Er brauchte dringend einen Verhandlungserfolg, um im Streit mit seinen innenpolitischen und chinesischen Kritikern die Politik der friedlichen Koexistenz legitimieren zu können. Im Frühjahr 1963 wurde erstens immer deutlicher, daß die sowjetisch-chinesische Spaltung irreversibel war. Sowohl in Moskau als auch in Washington betrachtete man die Gefahr eines nuklear bewaffneten Chinas als einen Faktor, der den globalen Status quo grundsätzlich in Frage zu stellen drohte[60]. Zweitens signalisierte der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom Januar 1963, daß es auch um die Einheit der NATO nicht zum besten bestellt war. Dies wiederum schien anzudeuten, daß die primäre Gefahr einer Weitergabe von Nuklearwaffen an Westdeutschland nicht von den USA ausging.

Als Resultat dieser sich verändernden Rahmenbedingungen beschleunigte sich der Verhandlungsprozeß zwischen den beiden Supermächten mit dem Ziel der Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems. Hinsichtlich der beiderseitigen Akzeptanz des territorialen Status quo in Europa war bereits der Verlauf der Kubakrise von großer Bedeutung. Kennedy und seine Berater übersahen den Zusammenhang zwischen dem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Druck, den die USA auch nach dem Schweinebucht-Fiasko auf Fidel Castro ausübten, und dem Aufbau eines sowjetischen Abschreckungspotentials. Chruschtschow wollte mit der Stationierung von

[59] Vgl. Letter from Kennedy to Adenauer, August 6, 1963, in: Ebenda, S. 870–872; Memorandum of Conversation between Adenauer and McNamara, August 5, 1963, in: Ebenda, Bd. 15: S. 546–552.

[60] Zur amerikanischen Wahrnehmung Chinas vgl. Memorandum from Bundy to Kennedy, November 8, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 597 f.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MR/IRBMs in der Karibik in erster Linie eine Invasion Kubas durch die USA verhindern; soviel macht die neuere Forschung deutlich[61]. Dieses Handlungsmotiv wurde in der amerikanischen Perspektive jedoch nur ungenügend berücksichtigt. Die amerikanische Regierung maß auch dem Argument, daß die Sowjets mit der Stationierung von nuklearen Trägersystemen das strategische Gleichgewicht herstellen wollten, untergeordnete Bedeutung zu. In Kennedys Einschätzung verfügten beide Seiten bereits über genügend nukleare Mittel, um der Gegenseite irreparablen Schaden zufügen zu können. Deshalb rätselte man in Washington, warum die Sowjetunion die Raketen in Kuba stationiert hatte.

Kennedy und die Mitglieder des *Executive Committee* (ExComm) befürchteten, daß es sich bei der Stationierung von Offensivraketen in Kuba um den ersten Schritt eines umfassenden Plans handelte, mit dem Moskau eine Verbesserung der sowjetischen Position in den Berlinverhandlungen anstrebte[62]. Amerikanischer Druck auf Kuba, so wurde in den Sitzungen des ExComm argumentiert, würde mit sowjetischem Druck in Berlin beantwortet. Schließlich würde sich eine Lösung ergeben, bei der die Sowjetunion zwar die Raketen aus Kuba abziehen würde, die USA aber zu Kompromissen in der Berlinfrage gezwungen wären. Zur Überraschung von Kennedy und seinen Beratern blieb aber eine sowjetische Reaktion in Europa aus, als die amerikanische Flotte eine Blockade Kubas durchzusetzen begann. Dies zeigte, daß es Chruschtschow nicht in erster Linie um die Veränderung des territorialen Status quo in Berlin ging, sondern um die Verteidigung Kubas und eine Angleichung der strategischen Potentiale.

Parallel zur Beendigung der Kubakrise entschloß sich Präsident Kennedy, die Berlinfrage vorerst auf sich beruhen zu lassen und statt dessen ein Abkommen im Bereich der Rüstungskontrolle anzustreben[63]. Mit Beginn des Jahres 1963 bemühte sich dann aber die sowjetische Seite um eine erneute Aufnahme der bilateralen Verhandlungen um Berlin. Dies allerdings in erster Linie mit der Absicht, damit

---

[61] Eine ausgezeichnete Analyse der Beweggründe Chruschtschows zur Stationierung der sowjetischen Raketen auf Kuba findet sich bei Bruce J. Allyn/James G. Blight/David A. Welch, Essence of Revision: Moscow, Havana and the Cuban Missile Crisis, in: International Security 14 (1989/1990), S. 138–144; James G. Blight/David A. Welch, On the Brink: Americans and Soviets Reexamine the Cuban Missile Crisis, New York 1989, S. 116 f., 293–297.

[62] Noch am 5.10. 1962 hatte Kennedy in einem Gespräch mit dem Berliner Bürgermeister Willy Brandt den Zusammenhang zwischen Kuba und Berlin betont: „If it were not for Berlin we could feel free to take action in Cuba." Record of Meeting, October 5, 1962, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 344–348. Vgl. auch Rusks Ausführungen in Anwesenheit des französischen Botschafters in Washington, Memorandum of Conversation, September 7, 1962, in: Ebenda, S. 311–313.

[63] Die Kubakrise war Anlaß zu einer administrationsinternen Debatte, ob unter den veränderten Rahmenbedingungen in der Berlinfrage verstärkter Druck oder vielmehr vermehrte Zurückhaltung ausgeübt werden sollte. Schließlich setzte sich Llewellyn Thompsons Sichtweise durch, der für eine Hinhaltetaktik plädierte. Vgl. dazu: Memorandum from Klein and Legere to Bundy, October 29, 1962, in: Ebenda, S. 406 f.; Memorandum from Nitze to Kennedy, undated, in: Ebenda, S. 411–419; Memorandum of Conversation between Kennedy and Adenauer, November 14, 1962, in: Ebenda, S. 427–433.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf die Verhandlungen über das Teststoppabkommen einwirken zu können. In einem Gespräch mit Averell Harriman Ende April 1963 erklärte Chruschtschow, daß sich eine Basis für ein Teststoppabkommen finden lasse, falls gleichzeitig auch die deutsche Frage einer Lösung zugeführt werde. Auf die Rückfrage Harrimans, ob für die Sowjetunion eine Lösung der Berlinfrage oder die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen an die Bundeswehr wichtiger sei, antwortete der sowjetische Parteichef, daß Berlin keinen Grund für Spannungen mehr darstelle. Das Berlinproblem sei aus der Sicht der sozialistischen Staaten mit dem Bau der Mauer gelöst worden, besser noch, als dies mit einem Friedensvertrag der Fall gewesen wäre[64].

Im Sommer 1963 setzte sich in Moskau wie Washington die Ansicht durch, daß sich die Berlin- und Deutschlandfrage mit der Zeit über direkte Kontakte zwischen den beiden Deutschland ohne direktes Eingreifen der beiden Supermächte lösen werde[65]. Mit dem Abtreten Adenauers von der weltpolitischen Bühne schienen zudem die Zeichen günstig, daß auch in Bonn nach neuen Wegen gesucht würde. Aus der Perspektive der beiden Supermächte war mit dem Bau der Mauer ein entscheidender Schritt in Richtung der Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung auf der Basis eines geteilten Berlin und eines geteilten Deutschland vollzogen worden. Mitte 1963 drohte der globale Status quo nicht mehr in erster Linie in Europa in Frage gestellt zu werden. Hingegen sorgte man sich sowohl in Moskau als auch in Washington darüber, daß China bald über Atomwaffen verfügen könne.

Die Kubakrise bestärkte die Supermächte aber nicht nur in ihrer beiderseitigen Akzeptanz des territorialen Status quo. Die Ereignisse in der Karibik führten zudem zu einer Intensivierung der amerikanisch-sowjetischen Bemühungen um die Erhaltung des nuklearen Status quo. Sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Seite drängten nach der Kubakrise auf rasche Fortschritte im Bereich der nuklearen Nonproliferation[66]. Während die Regierung Kennedy ihre Alliierten von der Notwendigkeit eines Nichtweiterverbreitungsvertrags überzeugen konnte, setzte sich in Moskau die Meinung durch, daß die sowjetische Unterzeichnung eines solchen Abkommens zu offensichtlich gegen Deutschland und China gerichtet war. Hinsichtlich Westdeutschlands vertrauten die Sowjets den wiederholten amerikanischen Versicherungen, daß Washington ebenfalls nicht an einer nuklearen Bundeswehr interessiert

---

[64] Memorandum of Conversation between Khrushchev and Harriman, April 26, 1963, in: Ebenda, S. 510f.; Memorandum of Conversation between Kennedy and Harriman, July 10, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 789f.

[65] Vergleiche die Protokolle der Gespräche zwischen Harriman und Chruschtschow, July 27, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 539–544; Rusk und Chruschtschow, August 9, 1963, in: Ebenda, S. 563–570; Kennedy, Rusk und Schroeder, September 24, 1963, in: Ebenda, S. 581–583.

[66] Vergleiche den Briefverkehr zwischen Kennedy und Chruschtschow im Anschluß an die Krise in der Dokumentensammlung des National Security Archive: Laurence Chang/Peter Kornbluh (Hrsg.), The Cuban Missile Crisis, 1962: A National Security Archive Documents Reader, New York 1992, S. 233–300.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sei[67]. Was China anbetraf, war der Abschluß eines Teststoppabkommens der subtilere Weg, um eine Isolation des kommunistischen Konkurrenten herbeizuführen. Chinas voraussehbare Ablehnung eines solchen Abkommens würde die Anziehungskraft der chinesischen Alternative in der Dritten Welt massiv beeinträchtigen[68].

Das gemeinsame politische Ziel der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen bildete die (verdeckte) Basis für den erfolgreichen Abschluß des LTBT am 25. Juli 1963. Beide Supermächte hofften, daß der Vertrag, der nukleare Tests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbot, die Anreize zur Entwicklung von nationalen Nuklearstreitkräften reduzieren würde. Die USA und die Sowjetunion verfolgten mit dem LTBT das politische Ziel, einer Weiterverbreitung von Nuklearwaffen – insbesondere hinsichtlich Deutschlands und Chinas – entgegenzuwirken[69].

Die Berlinkrise führte zu einer amerikanisch-sowjetischen Annäherung in der Frage der europäischen Sicherheitsordnung, da beide Seiten erkannten, daß eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen in Europa nur auf der Basis des territorialen und nuklearen Status quo möglich war. Die Kubakrise erhöhte die Tragfähigkeit der gemeinsamen Sicherheitsinteressen der USA und der Sowjetunion. Sie ist damit ein wichtiges Element im Prozeß der Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung in den frühen sechziger Jahren. Die dramatischen Ereignisse in der Karibik sensibilisierten die politischen Entscheidungsträger der Sowjetunion und der USA für die Konsequenzen, die sich aus der wechselseitigen Verwundbarkeit ihrer Nationen ergaben. Die Erfahrungen der Oktobertage 1962 relativierten erstens die militärische und politische Bedeutung des strategischen Gleichgewichtes und förderten das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit des nuklearen Patts. Die Krise bestätigte zweitens die Erkenntnis, daß eine erfolgreiche Entspannung zwischen Ost und West die Erhaltung des territorialen Status quo in Europa voraussetzte. Drittens konnten die Nachkriegsgrenzen langfristig wiederum nur gewährleistet werden, wenn gleichzeitig bei der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen Fortschritte verzeichnet werden konnten. Auch diesbezüglich veränderten sich die Rahmenbedingungen mit der Kubakrise zum Positiven.

---

[67] Von Interesse ist in diesem Zusammenhang insbesondere das Papier, mit dem die Sowjets Anfang März 1963 die bilateralen Gespräche mit den USA wiederaufnahmen. Darin betonte Moskau, daß sich in der Frage der Nichtweitergabe von Nuklearwaffen an die beiden Deutschland in den Gesprächen des Jahres 1962 positive Resultate ergeben hätten, eine Feststellung, die von amerikanischer Seite nicht in Frage gestellt wurde. Vgl. Memorandum of Conversation between Rusk and Dobrynin, March 26, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 15, S. 497–504; Memorandum of Conversation between Rusk and Dobrynin, April 12, 1963, in: Ebenda, S. 506–509.

[68] Die Gründe für Chruschtschows Interesse am LTBT werden diskutiert in: Telegram from Harriman to Department of State, Juli 18, 20, and 23, 1963, in: FRUS, 1961–1963, Bd. 7, S. 808 f., 816–818, 833.

[69] Für die politischen Ziele der USA und der Sowjetunion vgl. Seaborg, Kennedy, Khrushchev, and the Test Ban, S. 193–195, 243–253, 285–292.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. Kennedy, Chruschtschow und die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren

1963 erlangte das europäische Sicherheitssystem eine gewisse Stabilität. Die konfrontative Phase des Kalten Krieges in Europa ging nach der Berlinkrise (1958–1962) und der Kubakrise (1962) in eine Periode der Entspannung über, in der die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vermehrt von kooperativen Elementen bestimmt wurden. Die neue Stabilität in Europa wurde ermöglicht durch die Herausbildung einer Interessenkongruenz zwischen den USA und der Sowjetunion in der deutschen und der nuklearen Frage im Laufe der Berlinkrise. Der Annäherungsprozeß der Supermächte in diesen beiden zentralen Fragen des Kalten Krieges in Europa entwickelte sich unter dem Eindruck einer erhöhten Nuklearkriegsgefahr, wie sie durch die Kubakrise für die gesamte Weltöffentlichkeit sichtbar geworden war.

Die Annäherung zwischen Chruschtschow und Kennedy war das Resultat eines informellen Verständigungsprozesses, dem zahlreiche Signale in den Bereichen der Außen- und Verteidigungspolitik vorausgegangen waren. Die zentralen Elemente dieses Prozesses bestanden darin, daß Chruschtschow den Status quo in Zentraleuropa akzeptierte und von erneutem Druck in Berlin absah, während Kennedy im Gegenzug eine deutsche Teilhabe am amerikanischen Nuklearpotential ausschloß (was als Kompensation für die Bundesrepublik eine permanente Stationierung amerikanischer Truppen auf dem Kontinent bedingte). Die wichtigsten politischen Faktoren, die Moskau und Washington die Akzeptanz des territorialen Status quo erleichterten, waren der Bau der Berliner Mauer und das Ausbleiben einer Gegenblockade West-Berlins während der Kubakrise. Kennedy wiederum signalisierte glaubwürdig, daß die USA ebenfalls nicht an einer nuklearen Bundeswehr interessiert waren, indem er auf der zentralen Kontrolle aller amerikanischen Nuklearwaffen (symbolisiert durch die Installierung von PALs) bestand und den Abschluß des LTBT vorantrieb.

Dies macht deutlich, daß der Kalte Krieg im Europa der frühen sechziger Jahre nicht mehr hauptsächlich durch den Machtkonflikt zwischen den zwei Blöcken bestimmt wurde. Während sich in den fünfziger Jahren die Kontakte zwischen Ost und West nur in Ansätzen aus dem starren Schema der bipolaren Blockstrukturen gelöst hatten, verwandelte sich die europäische Sicherheitsdebatte Anfang der sechziger Jahre in einen Dialog innerhalb der Blöcke und in ernsthafte bilaterale Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Dabei gelangten die politischen Führungen in Washington und Moskau übereinstimmend zu der Einschätzung, daß die Sicherheitsinteressen ihrer Länder in Europa einander nicht vollständig zuwiderliefen. Die staatsmännische Leistung von Kennedy und Chruschtschow lag in der gemeinsamen Erkenntnis, daß die Sicherheit Europas langfristig nur auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo gewährleistet werden konnte.

Inwiefern war diese amerikanisch-sowjetische Übereinstimmung in zentralen Fragen der europäischen Sicherheit mehr als das Produkt des nuklearen Gleichgewichts des Schreckens? Die Analyse der amerikanischen Politik in der Berlin- und der Ku-

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bakrise kann durchaus zur Unterstützung der These herangezogen werden, daß die Nuklearkriegsgefahr eine grundsätzlich stabilisierende Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse in Krisensituationen ausübte. Gleichwohl muß festgestellt werden, daß sich der nukleare Faktor gleichzeitig auch destabilisierend auf den Gang der Ereignisse auswirkte. Annahmen über die prekäre Stabilität des nuklearen Gleichgewichts spielten sowohl beim Ausbruch der Berlinkrise als auch beim Ausbruch der Kubakrise eine entscheidende Rolle. Chruschtschow interpretierte Eisenhowers Politik der faktischen Teilhabe der Bundesrepublik am amerikanischen Nuklearpotential als Anzeichen einer Entwicklung hin zu einer nuklearen Bundeswehr. Solange die politischen Ziele der Bundesrepublik (Wiedervereinigung) im Widerspruch zu den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion standen, schien eine solche Entwicklung aus sowjetischer Perspektive die Stabilität des europäischen Sicherheitssystems grundsätzlich in Frage zu stellen. In Washington wiederum interpretierten Eisenhower und zu Beginn seiner Amtszeit auch Kennedy Chruschtschows Berlinultimatum als Versuch, die westliche Einheit im Zeichen der neu erlangten nuklearen Stärke Moskaus zu untergraben.

Bei Ausbruch der Berlinkrise hegten damit beide Supermächte Zweifel an der gegnerischen Perzeption der militärischen und politischen Bedeutung des nuklearen Gleichgewichts. Der Kubakrise wiederum lagen unter anderem sowjetische Bedenken zugrunde, daß die Administration Kennedy nach einem Erstschlagpotential strebte. Kennedy akzeptierte zwar das nukleare Patt und die Grenzen der politischen Nützlichkeit der nuklearen Überlegenheit, seine Regierung betonte aber gleichzeitig die eigene Überlegenheit, um die europäischen Bündnispartner zu beruhigen. Implizit bestärkten solche Äußerungen die Sowjetunion in der Annahme, das strategische Gleichgewicht bedürfe der Korrektur, bevor seine stabilisierende Wirkung auf die Ost-West-Beziehungen zum Tragen kommen konnte.

Hingegen beschleunigte die ständig präsente Nuklearkriegsgefahr die Herausbildung von kooperativen Elementen in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Die grundsätzliche Frage nach der Angemessenheit einer Drohung mit einem nuklearen Vergeltungsschlag lenkte die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger der beiden Supermächte weg von Detailproblemen (wie etwa dem völkerrechtlichen Status von Berlin) hin zu den grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen in Fragen der europäischen Sicherheit. Anhand der Kubakrise läßt sich mit geradezu exemplarischer Deutlichkeit aufzeigen, wie unter den Bedingungen einer wechselseitigen Verwundbarkeit die Gefahr eines unkontrollierten Eskalationsprozesses beide Seiten zu einer vorsichtigen und zurückhaltenden Vorgehensweise verpflichtete und letztlich Kompromißlösungen förderte, die den Status quo bestätigten.

Schließlich bleibt darauf hinzuweisen, daß die Herausbildung der beschriebenen amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in Fragen der europäischen Sicherheitsordnung auch durch Entwicklungen im außereuropäischen Kontext beeinflußt wurde. Hier verdienten insbesondere die Rückwirkungen des Emanzipationsprozesses der Dritten Welt und der Formierung der Bewegung der Blockfreien auf das Verhältnis zwischen den Supermächten und das Beziehungsgefüge innerhalb der Blöcke

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erwähnung. Aus der Sicht der politischen Entscheidungsträger in Moskau wie Washington schien sich Anfang der sechziger Jahre das Epizentrum des Kalten Krieges von Europa in die Dritte Welt zu verlagern. Die zunehmende Entfremdung zwischen der Sowjetunion und China machte deutlich, daß sich die Auseinandersetzungen um regionale Führungsansprüche und Einflußmöglichkeiten in den jungen asiatischen und afrikanischen Staaten nicht ausschließlich entlang der Blockgrenzen entwickelten. Das Potential an Friktionen innerhalb der Blöcke stieg zudem auch aufgrund der wachsenden strukturellen Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen in der internationalen Politik. Wenn die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren in einen epochalen Kontext gestellt wird, so kann sie als Ausdruck von strukturellen Veränderungen des internationalen Systems verstanden werden, die schließlich in der Wende der Jahre 1989/91 und dem Ende des Kalten Krieges kulminierten.

Jahrgang 46 (1998), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte